

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Regulierungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsheftige Kolonelle-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochentagen
 bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Preisverleger: Emil L. Nr. 1508,
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brunnh-Strasse 2. | Donnerstag, den 20. Juli 1899. | Expedition: SW. 19, Brunnh-Strasse 3.

An die deutsche Arbeiterschaft!

Kopenhagen, im Juli 1899.

Am 19. Mai dekretierte der Vorstand der centralisierten Unter-
 nehmervereine eine allgemeine Aussperrung in sämtlichen
 Branchen des Bauhandwerkes, der gesamten Eisenindustrie,
 sowie in allen Holzarbeiter-Branchen über das ganze Land, nachdem
 man schon drei Wochen vorher ca. 3500 Tischler auf die Straße
 geworfen hatte. Am 24. Mai wurde diese im Verhältnis zu
 der Einwohnerzahl unseres Landes riesenhafte Aussperrung in Szene
 gesetzt, indem ca. 30.000 Arbeiter brotlos gemacht wurden; kurz
 darauf wurde die Aussperrung auf ca. 40.000 Mann ausgedehnt,
 oder auf die Hälfte sämtlicher in der Industrie unseres Landes be-
 schäftigten Arbeiter.

Die Absicht mit dieser Massenausperrung ist die, unsere
 Arbeiterorganisationen, welche wir durch emsige Arbeit in einer
 Reihe von Jahren aufgebaut haben, zu zertrümmern und uns der
 Vorteile zu berauben, welche wir uns mit Hilfe unserer Organi-
 sationen erkämpft haben, sowie uns von neuem zu willenlosen
 Sklaven unter dem Kommando der Arbeitgeber zu machen.

Seit 7. teilsweise seit 10 Wochen haben wir also nun gekämpft,
 um unsere Rechte zu verteidigen, und bis jetzt ist noch keine Aussicht
 vorhanden, daß der Kampf so bald beendet werden wird. Dagegen
 kann man mehr und mehr konstatieren, daß die Arbeitgeber diese
 Aussperrung schon vor längerer Zeit vorbereitet haben und daß es
 ihre Absicht ist, sie nicht eher aufzuheben, als bis die Arbeiter durch
 den Hunger und die Not dazu gezwungen werden, ihren Kaden
 unter das Joch zu beugen.

Sowohl in Deutschland, als in Norwegen und in
 Schweden und überhaupt überall, wohin die Macht unserer
 Arbeitgeber reicht, wird unsern Ausgesperrten die Arbeit ver-
 weigert, und wenn es ihnen doch gelungen war, Arbeit zu erhalten,
 werden sie wie die Hunde wieder hinausgedrängt! Dadurch ist die
 Aussperrung international geworden. Wenn es gilt,
 die Arbeiter zu verfolgen, ist der Patriotismus der Kapitalisten
 wie hinweggefegt; die nationalen Phrasen werden in dieser Zeit in
 die Erde geworfen.

Trotz der Langwierigkeit des Kampfes und der dadurch ent-
 standenen Erbitterung sind die Ausgesperrten fest entschlossen, bis zum
 Ende auszuhalten. Unsere Reihen sind noch ebenso dicht geschlossen
 und der Mut und die Kampfeslust der Ausgesperrten ist noch ebenso
 brennend als an dem Tage, wo die Aussperrung anfang. Wir
 haben keine Abtrünnigen, dagegen sind alle von der Hoffnung und
 der Zuversicht befeuert, daß die Ausdauer uns den Sieg bringen wird.

Eine Aussperrung von einem solchen Umfange ist an und für
 sich eine brutale und rücksichtslose Handlung. Aber außerdem hat ein
 hier im Lande seiner Zeit von den Centralorganisationen der Arbeit-
 geber und Arbeiter niedergeschriebenes Schiedsgericht ein Urteil gefällt,
 wonach die Aussperrung zugleich ein eskalantes und hinterlistiges
 Verstoß der Verträge über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist, auf
 welche die Arbeitgeber den Arbeitern gegenüber eingegangen sind.
 Trotzdem setzen die Arbeitgeber ihren brutalen Ueberfall mit echtem
 Kapitalistenübermut fort.

Wir haben nach Kräften gesucht, die Aussperrung auf eine für
 die Arbeiter ehrenvolle Weise abzuschließen, indem wir uns erboten
 haben, die Arbeit nach den alten Bedingungen, wie sie vor Beginn der
 Aussperrung bestanden, aufzunehmen, und als der Arbeitgeberverein sich
 weigerte, hierauf einzugehen, haben wir uns bereit erklärt, mit ihm in
 einer Einigungskammer zu verhandeln, um ein Uebereinkommen
 über die Bedingungen, nach welchen die Arbeit wieder
 aufgenommen werden könnte, zu verhandeln. Eine solche Verhandlung
 hat auch stattgefunden, aber sie scheiterte an dem Uebermut und den
 demütigenden und erniedrigenden Bedingungen, welche die Arbeit-
 geber aufstellten.

Die Arbeitgeber forderten:

- daß gewisse fundamentale Bestimmungen in den Gewerkschafts-
 statuten nach den Wünschen der Arbeitgeber abgefaßt werden
 sollten;
- daß die Gewerkschaften für die Durchführung und Aufrechterhaltung
 der von den Arbeitgebern gewünschten Bestimmungen garantieren
 sollen, nicht allein ihren eigenen Mitgliedern, sondern auch den
 Nichtmitgliedern gegenüber;
- daß die Gewerkschaften in fundamentaler Richtung nicht den
 Interessen der Arbeiter, sondern denen der Arbeitgeber dienen
 sollen, also daß sie Polizeisergeanten-Dienste für die Arbeitgeber
 gegen die Arbeiter verrichten sollen;
- daß ungefähr die Hälfte sämtlicher Arbeiter kein Stimmrecht in
 ihren eigenen Vereinen haben soll, indem man fordert, daß
 unsere Mitglieder mindestens 30 Jahre alt sein sollen, um in
 ihren Vereinen ihre Stimme abgeben zu dürfen;
- daß alle Preistarife und Verträge über den Arbeitslohn und die
 Arbeitszeit mitten im Winter ablaufen sollen, also zu einer
 Jahreszeit, wo die größte Aussicht dafür vorhanden ist,
 daß die Arbeitslosigkeit und die Not die Arbeiter dazu zwingen
 wird, sich unter die Despotie der Arbeitgeber zu beugen;
- daß wir ein Depositarium von einer Viertel Million Kronen stellen
 sollen als Sicherheit dafür, daß die Gewerkschaften alle von
 den Arbeitgebern aufgestellten Bedingungen erfüllen;
- daß die Gewerkschaften das Recht der Arbeitgeber anerkennen
 sollen, nach Belieben eine Massenausperrung vorzunehmen, als
 ein Mittel dazu, die Arbeiter zur Unterwerfung zu zwingen.
 Dieses sind die hauptsächlichsten der von den Unternehmern auf-
 gestellten Forderungen, aber im übrigen haben sie diese in
 19 Punkten aufgestellt, welche ganz dieselben Zwecke verfolgen wie
 die obenwähnten.

Wir haben selbstredend diese unverschämten Forderungen mit
 Berachtung zurückgewiesen. Nur die bitterste Not, nur der Hunger
 unserer Frauen und Kinder kann uns dazu bringen, uns solchen
 erniedrigenden und unsere Organisationen erdrosselnden Bedingungen
 zu unterwerfen.

Kameraden!

Der Kampf, welcher augenblicklich in Dänemark tobt, ist ein
Klassenkampf, wie ihn bis jetzt noch kein anderes Land aufzu-
 weisen hatte.

Auf der einen Seite stehen so gut wie sämtliche industriellen
 Arbeiter, welche in einer Anzahl von ca. 80.000 Mann in freien
 Organisationen vereinigt sind, in welchen jedes einzelne Mitglied
 das Recht hat, durch seine Abstimmung und seine Argumente einen
 Einfluß auf die Arbeitsverhältnisse in seiner Branche auszuüben.

Auf der andern Seite stehen so gut wie sämtliche industriellen
 Arbeitgeber in einer Landesorganisation vereinigt, wo eine kleine
 Minorität von Kapitalisten eine absolut despotische Herrschaft führen,
 und durch den ökonomischen Wohlstand die kleinen Handwerker
 und Handelnden zu blinder Heerfolge zwingen kann.

Zwischen diesen beiden Mächten steht der Kampf, und dessen
 Ausfall wird für lange Zeiten maßgebend sein, ob die Arbeiter in
 Dänemark freie Bürger oder ob sie willenlose Sklaven der
 Arbeitgeber sein sollen.

Durch unsere bisherige Thätigkeit haben wir die Industrie unseres
 Landes in einem bisher unbekanntem Grade zur Blüte gebracht. Wir
 haben die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung jährlich um
 Millionen von Kronen erhöht und dadurch in einem außerordent-
 lichen Grade zur Förderung des allgemeinen Wohlstandes unseres
 Landes beigetragen. Die Kapitalisten dagegen arbeiten für ihre
 eigene Bereicherung und für die Verarmung der großen Be-
 völkerung.

Die Wirkungen der Aussperrung können schon jetzt gefühlt
 werden. In allen Branchen, welche nicht direkt an der Aussperrung
 beteiligt sind, hat diese eine mehr und mehr um sich greifende
 Arbeitslosigkeit und Geschäftslähmung herbeigeführt, trotzdem daß wir
 uns jetzt in der besten Jahreszeit befinden. Der Umsatz der Ge-
 schäftstreibenden ist um 50 bis 70 pCt. zurückgegangen, und außer
 den direkt von der Aussperrung Betroffenen sind schon jetzt
 Tausende von Arbeitern in den anderen Branchen arbeitslos.

**Das kleine Dänemark ist gegenwärtig der Prüfstein des
 internationalen Kapitalismus.** Die in Dänemark ausgesperrten
 circa 40.000 Arbeiter bedeuten, im Verhältnis zu der Größe des
 Landes, ungefähr eine Million Arbeiter in Deutschland oder in
 England, wenn die Aussperrung in einem dieser Länder verhängt
 worden wäre. Sollte es nun den dänischen Kapitalisten gelingen,
 die Arbeiter mit Hilfe der Massenausperrung zu unterdrücken, würde
 dieses Beispiel sicherlich auch in anderen Ländern nachgeahmt werden,
 und eine allgemeine Unterjochung der Arbeiter würde
 auch dort die Folge sein.

Sollen wir, die Arbeiter in dem kleinen Dänemark, denn den
 Kaden unter die kapitalistische Sklaverei beugen?

Die Antwort hierauf ist leicht zu geben, wenn unsere an-
 lässlichen Brüder uns hilfsreich zur Seite stehen wollen. Sie wird
 dann lauten: „Wir brauchen und wir dürfen uns nicht unterwerfen.“
 Und wir zweifeln nicht daran, daß diese Antwort in Eurem
 Sinne ist.

Im Verhältnis zu der übrigen Welt ist das kleine Dänemark
 nur unbedeutend, und mit Hilfe eines noch so kleinen Opfers von
 seiten unserer ausländischen Brüder würden wir in den Stand ge-
 setzt, unsern Kampf auszulämpfen, bis der Sieg unser ist. Wir
 haben in der verflochtenen Zeit bewiesen, daß wir den Kampf nicht
 fürchten, und wir sind auch für die Zukunft bereit, ihn zu führen.

Die Verbrüderung der Arbeiter über die ganze Erde hat ihren
 Ausdruck gefunden durch unsere internationalen Kongresse, durch
 unsere Märsche und durch unsere Demonstrationen für den Welt-
 frieden. Die biesigen Kapitalisten haben dadurch, daß sie die
 dänischen Arbeiter über die Grenzen des Landes hinaus verfolgen,
 die Aussperrung international gemacht, und hierin werden sie von
 den ausländischen Kapitalisten getreulich unterstützt.

Brüder im Ausland! Kommt uns deshalb zur Hilfe! Unser
 Kampf gegen die Ausbeuter ist auch Euer Kampf, und ebenso wie
 wir früher niemals zurückgeblieben haben, werden wir auch in der
 Zukunft nicht fehlen, wenn Ihr in den Kampf gegen die Kapital-
 macht zur Befreiung des Proletariats getrieben werden solltet.

Sendet uns deshalb **schleunigst** Eure Beiträge und sendet diese
 unter der Adresse: **E. Svendsen, Römersgade 22, Kopen-
 hagen K.**

Mit brüderlichem Gruß

Für die Centralisierten Gewerkschaftsverbände

in Dänemark

J. Jensen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 19. Juli.

Vertrauliche und „gekochene“ Briefe.

Die „Post“ hat unsere gestrige Darlegung über die Belamitgabe
 vertraulicher Briefe durch den Herrn v. Stumm völlig
 mißverstanden. Sie glaubt, wir hätten unsere Handlungsweise
 seiner entschuldigen und ihr gleichwertigen wollen. Wir haben gar
 keinen Anlaß, uns so tief einzulassen. Es ist in der That ein ge-
 waltiger Unterschied zwischen der Handlungsweise Stumms und der
 unsrigen. Herr v. Stumm hat ihm vertraulich mitgeteilte
 drückliche Äußerungen im Reichstag verlesen. Wir haben Briefe im
 öffentlichen Interesse veröffentlicht, zu deren Geheimhaltung wir
 keinerlei moralische Verpflichtung hatten, und deren Herkunft trotz
 des Märchens von dem Einpreddiebstahl unbedenklich ist. In dem

Augenblick, in dem wir den Rat der „Post“ befolgen, und in Fragen
 des Lautes Herrn v. Stumm zum Richter nehmen und demzufolge
 anstandslos vertraulich und übermittelte Äußerungen der Öffentlich-
 keit preisgeben würde, hätte der „Vorwärts“ das Recht verloren,
 über andere abzuurteilen. Das ist der Unterschied zwischen den
 „Vorwärts“-Dieben und den „Post“-Redakteuren, denen Herr
 v. Stumm den „Takt“ aniebt.

Gegen die Karriere-Jäger hat Professor v. Liszt, der
 künftig in Berlin Recht lehren wird, bei seinem Abschied von Halle
 gesprochen. Er sagte:

„Verleht sei die Ansicht, daß ein Studierender keine
 Politik treiben solle. Zwar nicht aktiv solle die akademische Jugend
 eingreifen in die Parteipolitik, aber da aus ihr die geistigen
 Führer des Volkes hervorgehen müßten, müsse sie sich wegen der
 Aufgaben, die ihrer im politischen Leben harrten, darüber Klarheit
 verschaffen, wie unsere politischen Verhältnisse im Innern und
 nach außen historisch geworden seien und wie sie sich juristisch
 darstellten, daneben aber müsse sie darauf bedacht sein, daß
 der Charakter des einzelnen sich auf der Universität
 fest herausbilde, um Stand halten zu können nach
 oben und nach unten; solche Leute, die richtig vor-
 gebildet diese Anschauung und beibringt um etwaige
 Schädigung ihrer eigenen Interessen festhalten,
 vermisst man vielfach heute im politischen Leben.“

Liszt ist auch als Rechtsgelehrter in anerkannter Weise
 bemüht, das Rechtsleben von tendenziösen Vermengungen frei zu
 halten. Es ist ihm aber bisher weder als Lehrer noch als Mann
 gelungen, in der Praxis wesentliche Erfolge zu erringen. Unsere
 Bourgeoisie erhebt gar nicht mehr den Anspruch auf geistige
 Führerschaft. Sie will mit ihren groben materiellen Machtmitteln
 herrschen. Hinter dem freien unbegleiteten Wort der
 Wahrheit lauern die — Disziplinargruppen, und, wer keine be-
 queme literare Gestaltung hat, der strauchelt schon am Anfang
 seiner Laufbahn. Das wissen die Studenten und handelt danach —
 trotz Liszt. —

Nationalliberalismus und Zuchthausvorlage.

Aus Baden wird uns geschrieben: Der „Vorwärts“ brachte
 in seiner Nr. 163 eine Zuschrift aus Baden an die Berliner
 Reichsten Karikisten zum Abdruck, worin von hochgeschätzter
 nationalliberaler Seite darauf hingewiesen wurde, daß man im
 Lager des badiischen Nationalliberalismus mit der entscheidenden
 Stellungnahme des Parteiführers Bassermann gegen die Zucht-
 hausvorlage keineswegs allgemein einverstanden sei, daß vielmehr
 die „Bad. Landesztg.“, als sie „mit Wärme für die Vor-
 lage eintrat“, die Stimmung eines großen Teiles der Bevölkerung
 Badens zum Ausdruck gebracht habe. Diese Behauptungen
 sind der hochgeschätzten nationalliberalen Seite ohne weiteres
 Wort zu glauben. Denn seit dem Abtreten Pfeifers, des lang-
 jährigen anerkannten Hauptes unserer nationalliberalen Kammer-
 fraktion vom praktisch-politischen Schauplatz haben die leitenden
 Geister des nationalliberalen Nationalismus eine deutlich
 wahrnehmbare Schwelung nach der Richtung des politischen
 Schwärmertums vollzogen. Während dieser durch ein an-
 ererkennenswertes hohes Maß von Einsicht in die sozialen Ver-
 hältnisse unserer Zeit ausgezeichnet war und deshalb in
 socialpolitischen Fragen einen manichäisch mit wohlthuerender,
 rücksichtsloser Offenheit vertretenen verhältnismäßig Standpunkt
 einnahm, haben sich seine Nachfolger, in erster Linie
 die Wortführer der Partei in der zweiten Kammer und im Stadt-
 verordneten-Kollegium der Residenz Karlsruhe, mehr und mehr vom
 Geiste Stumms überdrückt lassen und bei ihrer Weigerung gegen
 die politische und gewerkschaftliche Vertretung der Arbeiterschaft bis-
 weilen ein Maß von Gehässigkeit und Herrschsucht an den Tag ge-
 legt, an dem König Stumm seine helle Freude haben mußte. Das
 Organ dieser „liberalen“ Schwärmerei ist die in Karlsruhe er-
 scheinende „Badiische Landeszeitung“, deren geradezu fanati-
 scher Eifer gegen jede Erweiterung der Rechte des arbeitenden
 Volkes manichäisch zum Tölpeln gezücht zu werden verdient, was
 man auf diesem Gebiete in Baden zu hören bekommt. Das leitende
 Organ des badiischen Nationalliberalismus glaubt sich damit offenbar den
 Dank und die Anerkennung der höchsten Stelle des Landes zu sichern, wo
 man es bekanntlich als eine des Schweizer gekrönter Häupter be-
 sonders würdige Aufgabe betrachtet, bei jeder sich bietenden Gelegen-
 heit die Sammlung aller bürgerlichen Elemente zum Kampf gegen
 den „Unsturz“ als die vornehmste Pflicht der ordnungsliebenden
 Staatsbürgerschaft hinzuzufügen. War man deshalb darauf vor-
 bereitet, die „Badiische Landeszeitung“ unter den begeistertsten Lob-
 rednern der Zuchthausvorlage zu finden, so mußte es doch einiger-
 maßen überraschen, daß auch die „Straßburger Post“,
 die in der nationalliberalen Partei Badens sich eines weit-
 reichenden Einflusses erfreut, zu dem Wesentlichen eine
 durchaus freundliche Haltung einnahm, obgleich dem Blatt in social-
 politischen Fragen sonst vielfach ein von einem gewissen Gerechtigkeits-
 gefühl und sozialer Einsicht diktiertes Urteil eigen ist, das bei ihm
 als einem Ableger der „Königlichen Zeitung“ doch gewiß nicht ohne
 weiteres als selbstverständlich angesehen werden darf. Die Grund-
 tendenz der Zuchthausvorlage fanden also in der „Str. Post“ von
 vornherein eine eifrige Befürworterin, und nach der Ablehnung des
 Entwurfs im Reichstag war sie es, die den Sprecher ihrer
 Partei, den Abgeordneten Waffermann, in unabweisbarer
 Weise desavouierte und ihrer von der feindlichen abweichenden
 Meinung einen recht verständlichen Ausdruck verlieh. Die „Str. Post“
 scheint sich nach einem Führer ihrer Partei, der in derselben „Sammlungs-
 politisch“ betreibt, und erst vor einigen Tagen wandte sie sich in
 einem gegen die Herrschenden der nationalliberalen Reichstags-
 fraktion polemisierenden Berliner Brief mit einer äußerst scharfen
 persönlichen Spitze gegen den Abg. Waffermann, indem sie ihren
 Parteifreunden den Rat erteilte, zu bedenken, daß „gute Reden
 noch keinen politischen Führer, namentlich aber
 nicht nationalliberale Führer machen, und daß aus
 dem jetzigen Mißstand alle, die es angeht, die nötigen
 Lehren zu ziehen suchen sollen.“ Man ersieht hieraus, daß
 selbst in solchen Kreisen des liberalen Nationalismus, denen bisher
 ein gewisses Verständnis für die socialpolitischen Erfordernisse
 unserer Zeit nicht abzusprechen war, eine gefährliche Reizung zu der
 Stummschen Anbelagerung an Einsicht gewinnt, und daß man
 deshalb gut daran thut, bei Beurteilung der parlamentarischen

Chancen des in erster Lesung abgelehnten Justizhausgesetzentwurfes nicht allzu sehr auf den Geist Bismarcks und sein Gewicht bei der Entscheidung der nationalliberalen Reichstagsfraktion zu bauen.

Die Transvaalkrise

Kann jetzt wohl als über und u. u. betrachtet werden. Die wir gestern schon mitteilten, zeigten die Boeren, sobald die englische Regierung statt brutal zu drohen, in anständiger Form mit anständigen Vorschlägen kam, sich nachgiebig. Der „Erfte Volksraad“ nahm gestern auf Vorschlag Krügers ein Amendement an, welches den „Mittländer“ das Bürgerrecht schon nach siebenjährigem Aufenthalt — statt nach neunjährigem, wie es ursprünglich sein sollte — gewährt und zwar mit rückwirkender Kraft. Dies ist so „liberal“, wie es nur irgend verlangt werden kann, und macht mit einem Schlag 15 000 Mittländer zu Bürgern der Transvaal-Republik. Durch diesen Beschluß ist dem Revolverpolitiker Chamberlain die Waffe aus der Hand geschlagen. Das Hauptorgan der Rhodes-Chamberlain-Sippe, die Londoner „Times“, schreibt zu der Nachricht, nach einem Telegramm, das uns heute nachmittags zugegangen:

Die Wichtigkeit der Meldung über den gestrigen Beschluß des Volksraads in Pretoria vorausgesetzt (sie ist richtig), kann die Krise in den Beziehungen zwischen England und Transvaal als beendet angesehen werden. Die Verletzung des Wahlrechts an alle Mittländer, die sich bei Veröffentlichung des Gesetzes seit sieben Jahren in Transvaal aufhalten, und die Vertretung der Mittländer im Volksraad entspricht den Forderungen Milners. Der allein noch strittige Punkt ist die Bestimmung über die zweijährige Parteizeit. Dies ist eine Sache, der die englische Regierung, wie es heißt, sehr geringe Bedeutung beimißt. Tatsächlich scheint das Reinergebnis der Verhandlungen zu sein, daß Chamberlain vollständig erreicht hat, was er die ganze Zeit über im Auge hatte.

Was hier über Chamberlain gesagt wird, ist dummes Zeug. Das von den Boeren Bewilligte wäre auch ohne Chamberlain bewilligt worden. Und es wäre vermuthlich schon früher bewilligt worden, denn das brutale Auftreten des Großhändler der Neger-Gesellschaft mußte den Widerstand herausfordern. Herr Chamberlain wollte keine Konzessionen, er wollte den Krieg. Sein und des Rhodes' Lieblingsplan ist die Errichtung eines großen südafrikanischen Reiches, welches die außerordentlich reichen Bodenschätze jener Landstriche der gewissenlosen Schwindelspekulation überliefert.

Der Verwirklichung dieses Planes steht Transvaal und die zweite Boerenrepublik, vor allem aber Transvaal im Wege. Transvaal sollte deshalb um jeden Preis an England „angegliedert“ werden. Vor drei Jahren wurde es mit dem Raubzug des Dr. Jameson versucht, der von Chamberlain und Rhodes organisiert war. Und da dies nicht gelang, sollte jetzt unter irgend einem Vorwand ein Krieg vom Zaune gebrochen werden. Sir Alfred Milner, der die Verhandlungen in Bloemfontain führte, ist eine Kreatur des edlen Bruderpaars Chamberlain-Rhodes. Die Verhandlungen sollten scheitern.

Die Rechnung hatte aber ein Loch. Sie war ohne den Wirt, d. h. in diesem Falle ohne das Volk in Südafrika und ohne das Volk in England gemacht. Die Haltung der Mehrheit der „Mittländer“, die Haltung der Afrikaner in der Kapkolonie, und in letzter Instanz die Haltung des englischen Volkes, der höchsten Instanz, haben die Pläne der Rhodes und Chamberlain durchkreuzt und beiden eine schwere Niederlage zugefügt.

Wie Rhodes sich mit ihr abfindet, das bleibe dahin gestellt. Chamberlains Lage in der Regierung scheint ungezügelt. Daß er mit dem Chef des Kabinetts, Lord Salisbury (gegen den er heillos wiederholt auf gemeinste Intriguen hat) auf keinem guten Fuße steht, war längst bekannt. Aber als den Führer der, mit den Konservativen verbundenen Liberalen, der sogenannten „Unionisten“ mußte man ihn schonen. Der jüngste Transvaalstandal und der schmählische Aktienstandal haben das Maß aber zum Ueberlaufen gebracht. Im Liberal-Unionistischen Klub, dem Chamberlain angehört, sollte heute — den 19. Juli — ein Festmahl stattfinden mit obligatem Reden von Lord Salisbury und Chamberlain.

Lord Salisbury mußte wegen Erkrankung seiner Gemahlin absagen und die Leitung des Klubs hat darauf hin das ganze Festmahl abgesagt, wozu eigentlich gar kein Grund vorhanden war.

Eine Rede Chamberlains hätte unter normalen Verhältnissen sicherlich genügt. Allein die Verhältnisse waren nicht normal. Und die Absage des Festmahls wird allgemein so ausgelegt, daß Chamberlain verhindert werden sollte, eine große Rede zu halten, die vielleicht mit den Absichten oder doch Ansichten seines Chefs in Widerspruch gewesen wäre. Kurz, sie wird als Kaltestellung aufgefaßt.

Daß Chamberlains Stellung im Ministerium nach der politischen und moralischen Niederlage der letzten Tage unhaltbar geworden ist, das haben wir schon früher dargelegt.

Deutsches Reich.

Wahlbündnisse. Das „Berliner Tageblatt“ setzt seine Feiernleistungen fort, die mit der Aufnahme des politisch bedeutsamen Kaisertelegramms vom „unbegreiflichen Willen“ im Hofe teils begannen. Aehnliche politische Kunst beweist es mit einem scherzhaft eingeleiteten Artikel über die Prinzipien der Socialdemokratie. Vermittelt erwachten Diefswedels zwischen bekannten deutschen, belgischen, französischen, östreichischen, italienischen Socialdemokraten soll die Socialdemokratie wegen ihrer verschiedenartigen Bündnisse mit den bürgerlichen Parteien der Prinzipienlosigkeit gescholten werden. Wäre der Scherz gut, wir würden uns seiner freuen; aber mit einem Organ, das selbst der vom Aufgeben der einstigen Prinzipien lebende Liberalismus ungerne an sich kleben stellt, über politische Prinzipien zu diskutieren, wäre Vermeßtheit. Doch jenen erstere liberalen Blättern, die anlässlich der bayrischen Landtagswahlen ähnliches reden, sei ein Wort gesagt.

Die verschiedenartigen Wahlbündnisse, zu denen unsere Partei in den verschiedenen Ländern gelangt, bedeuten nichts weniger als Abweichungen von den Grundprinzipien des internationalen Socialismus. Die Socialdemokratie, wie jede andere politische Partei, verbindet sich auf ihrem Vormarsche, wenn es gilt, einen besonders gefährlichen Feind zu werfen, mit anderen Parteien, die im gegebenen Zeitpunkt weniger gefährlich sind. Da kann es sehr wohl geschehen, daß in einem Lande eine gegnerische Partei uns brauchbarer erscheint, die im anderen Lande das „größere Uebel“ vorstellt — ganz abgesehen von den Fällen, wo der gleiche Partei in mehreren verschiedenen Staaten nicht die gleiche Politik, nicht die gleiche Feindschaft gegen die Interessen der arbeitenden Massen bedeutet. Es ist also an sich nichts dagegen einzunehmen, wenn z. B. unsere bayrischen Parteigenossen mit dem Centrum gegen die Liberalen schlagen, während sie in Belgien mit den Liberalen gegen das Centrum gehen.

Denn in beiden Fällen geben sie von ihren Prinzipien kein Jota auf, — womit die andere Frage allerdings noch nicht entschieden ist, ob ein solches politisches Geschäft auch ein zweckmäßiges ist.

Der Liberalismus gerade sollte sich hüten, das Thema der Prinzipienfestigkeit anzurühren. Denn er freilich hat bei den Bündnissen, die er geschlossen, Gewissen und Ehre verloren, so daß heute kein Centrammann frommer und kein Junker junckerlicher sein kann, als der Liberale Paasche und seine Gleichen.

Darin besteht der Unterschied socialdemokratischer Bündnisse und der Bündnisse anderer Parteien, daß diese mit jedem Kompromiß ein Stück ihres Programms ausgegeben oder eingeschränkt haben.

Das kompromittierte Centrum. Wir geben noch einige Aeußerungen der zentrumsfeindlichen Presse, welche eifrig Kapital aus dem Wahlbündnis mit der Socialdemokratie in Bayern schlägt.

Die „Nat.-Ztg.“ sagt:

Das Centrum hat damit seine eigenen Prinzipien vollständig preisgegeben. Das zeigt sich auch in der mehr oder minder deutlichen peinlichen Ueberrückung norddeutscher Centrumsblätter über den Wahlpaß. Und wenn ein laizales Blatt ausruft: „Mit welchen Gründen will man in Zukunft die katholischen Fabrikarbeiter von der Socialdemokratie abtrennen, da sie hier lehren, daß die Centrumsleitung selbst mit den Socialdemokraten zusammen geht und deren Macht vermehrt?“ so trifft dies durchaus den Kernpunkt der Frage. Kein Centrumsblatt wird fortan die Bündnisse der Liberalen in Belgien und Wien mehr mit den beliebigen Phrasen zurückweisen können — denn das Centrum in Bayern hat ja weit mehr gethan und um wesentlich geringerer Ziele willen!

Nach grümmiger schreibt ein Korrespondent der „Berliner Neuest. Nachr.“ aus Bayern:

Kanzel und Beichtstuhl wurden von dem parteiofficiösen Blatt in München offen als Wahlhebel gefordert; ein sonst sehr stark für Sonntagheiligung eintretender unterfränkischer Geistlicher verlangte am 9. d. M. von der Kanzel herab, daß die Bauern aus dem Gottesdienst unverzüglich zur Heu-Ernte gehen möchten, damit sie dann am Montag geschlossen sich bei der Urwahl einfänden könnten. Der Fanatismus scheute selbst vor der Blasphemie nicht zurück. Welch eine Wendung durch Gottes Hülfe! „Schrieb aus der Kanzel ein geistliches Heber an unser leitendes Centrumsblatt über das fleghafte socialistisch-ultramontane Wahlbündnis von Speyer und Zweibrücken. Dabei hat sich, wie im benachbarten Baden, auch in der Pfalz die Socialdemokratie stets durch einen renommierten Atheismus ausgezeichnet, anscheinend ein Grund mehr für Herrn Pfarrer Wader und seine pfälzischen Standesgenossen zum Wahlbündnis mit dieser Gesellschaft. Die rote Biene und die Kapuze! Das geistreiche Wort Karl Gutzkows über die demokratischen Sympathien für den rheinischen Ultramontanismus bei den Kölner Wirren vor 62 Jahren gilt noch immer, und daß in Belgien eben jetzt die Socialdemokratie ihre phrygische Symbol dem bisher verbündeten Meritalkismus gewaltsam über die „Galotte“ gestülpt hat, stört diese weltlichen Politiker dabei ganz und gar nicht. Sie werden mit dieser ihrer Freundschaft wohl noch ganz besondere Erfahrungen ernten müssen, ehe sie zur Bestimmung gelangen.“

Die Politik vom Sparrenberg. Zu der Errichtung eines Denkmals des Kurfürsten Friedrich Wilhelm auf dem Sparrenberg wird der „Frankf. Ztg.“ gerathen, daß der große Kurfürst seine Kriegstruppe, die auf dem Sparrenberge lagerte, dazu benutzte, um die benachbarte Stadt Herford zu unterjochen. Der Bürgermeister Rorkmacher sowie zwei Räte von Herford, welche den Subjugationszweck für den Kurfürsten von Brandenburg nicht leisten wollten, sind auf dem alten Markte am Rathause erschossen worden.

Homertisches vom Kaiser. Der „Voss. Ztg.“ wird aus Athen geschrieben:

Bei Besprechung der freundschaftlichen und herzlichen Beziehungen, die sich wieder zwischen der griechischen krongriechischen Familie und Kaiser Wilhelm angeknüpft haben, berichtet die Zeitung „Ath“, daß bereits bei dem vorjährigen Besuche des Kronprinzen Konstantin in Deutschland der Kaiser diesem sein Bild geschenkt habe, unter das er folgende eigenhändige Unterschrift gesetzt hatte: Heis koiranos esto, Lois basilens, Wilhelm. Der griechische Vers gehört dem Homer an und heißt in deutscher Uebersetzung: „Nur einer soll Herrscher sein, einer nur König.“

Den Vers spricht König Agamemnon bei Homer.

Öffentliche Absage. Der Kaiser hat seine bevorstehende Reise in den rheinisch-westfälischen Industriebezirk plötzlich abgefragt. Er wird weder bei der Eröffnung des Dortmund-Ems-Kanals zugegen noch bei Krupp zu Gasse sein. Was die Programmänderung veranlaßt hat, darüber werden allerlei Vermutungen geäußert, deren Wiedergabe nicht verlohnt.

Der Nachlaß eines Demokraten. Die äußerst reichhaltige und wertvolle Bibliothek des alten tapferen und vornehm gestimmten Demokraten Guido Weiß, eine Schatzkammer für die politische und sociale Bewegung, wird gegenwärtig von einer Frankfurter Antiquariatsfirma zum Kauf ausgesetzt. Es befinden sich auch Bücher mit handschriftlichen Widmungen hervorragender Männer in der Sammlung. Unter den vielen persönlichen Freunden Guido Weiß hat es ein peinliches Gefühl erregt, daß diese Sammlung jetzt pietätlos zu Geld gemacht wird.

Der Fall ist eben ein Beweis, daß die Demokratie ausstirbt. Auch der Demokrat Weiß hat keine Familie hinterlassen!

Schneiderseelen. „Das bekannte Buch „Der Krieg“ von v. Bloch, das nur geschrieben ist, um allen Schneiderseelen den Krieg noch zu verlehren“ — so lesen wir in dem Organ Montecuccolis, der „Kreuz-Zeitung“. Wir sehen leidenschaftlich, wie ihr Chefredacteur, Aropatschel, bis an die Hüften in dem Blut der Feinde wadet und dann, als weder sein Sabul noch sein berühmtes Riesen die Gegner zum Wanken bringt, aus dem dicksten Gedränge von seinem Vorgänger, der gleichfalls keine Schneiderseele war und sich selbst den Krieg mit seinen Gläubigern nicht verlehren ließ, mannhafte herausgehauen wird.

Was für eine jämmerliche Politik, daß unsere Regierung bei jeder Gelegenheit den Frieden preist und beteuert, wo doch der Krieg der Normalzustand aller Völker ist, die keine Schneiderseelen sind!

Die Neuroromantik. Daß unsere morbiden Romantiker, die sich gern Moderne nennen, die in der Litteratur ihr originalgenialisches Wesen treiben und das politische Plebejertum stolz fliehen, einmal katholisch werden würden, war für jeden Kenner der verwandten Litteraturströmungen am Anfang des Jahrhunderts selbstverständlich. Jetzt ist das bekannte schwedische Schriftsteller-Paar Hanson-Nachholm, das vom überharten Radikalismus sich allmählich zum reaktionären Dunkelmanns- und Weibsthum entwickelte, in den Schoß der allein-seligmachenden Kirche zurückgekehrt. Frau Nachholm insbesondere war eine wütende Belämpferin des Frauen-Freiheitskampfes und gestattete dem Weibe nur die Verrichtung erotischen Gefühls-überchwangs. Seitens der katholischen Presse wird jetzt zur Unterstützung der beiden aufgefordert. Die Tage der Friedrich Schlegel, Brentano und Zacharias Werner sind wiedergekehrt. So erklärt es sich auch, daß von diesem Litteratentum trotz seiner tapferen reaktionären Grimassen so gar nichts für die größte Kulturbewegung der Menschheit geleistet worden ist, die zu beobachten und zu fördern unser Stolz und Trost in der vielfach trostlosen Gegenwart ist.

Epistelwirtschaft auf Gegenseitigkeit. Der ehemalige Reichsgerichtsrat Otto Mittelstädt hat eine Schrift über die „Affaire Dreyfus“ veröffentlicht, in der er auch ein anmutiges Bildchen von der gegenseitigen Vespigelung entwirft.

„Es ist wahr“, so schreibt er, „daß unser Militärbevollmächtigter Oberst v. Schwarzkoppen seine diplomatische Pariser Stellung zu sehr umfangreicher Gewinnung militärischer Renegiments

(d. h. Episteleien. Red.) offener und verstedter Herkunft fraktifiziert hat. Dafür hat er es sich ahnungslos gefallen lassen, daß sein Schreiber, sein Papierzettel, seine sonst benutzten Behältnisse, Kleidungsstücke u. s. für Rechnung des französischen Generalstabes jahrelang mit ungläublicher Gründlichkeit ausgeplündert, seine gesamte Korrespondenz mit Panizzardi, mit anderen Pariser Beziehungen, mit Berlin, fortgesetzt, sei es im Original, sei es im Brouillon (Concept), sei es in Kopien oder Photographien, sich in den Dossiers des französischen Generalstabes abgelagert. Die Zahl der solchergestalt in den militärischen dossiers secrets angeammelten Aftenstücke Schwarzkoppens-Panizzardischer Provenienz ist gelegentlich von den französischen Generalstabs-Offizieren auf etwa 1500 Biecen beziffert worden. Was also deutscherseits in diesem Betriebe der Espionage und Gegenespionage und Verlegung diplomatischen Herkommens gegen Frankreich gesündigt worden ist, ist französischerseits überreichlich kompensiert worden durch die unter Verlegung der Extritorialität fortgesetzt verübten Einbrüche in die Bureaus der deutschen Botschaft und ihres Militärattachés. Deshalb und in Erkenntnis der gegenseitigen Verschuldungen muhnen auch die alsbald nach Dreyfus' Verhaftung und den ersten Pariser Zeitungsartikeln im November 1894 von unserem Botschafter Grafen Münster mit dem damaligen Präsidenten Casimir Perier über den vermeintlichen Ursprung des Vordereau angeknüpften, anfangs etwas gereizten Erörterungen ohne Ergebnis wieder abgebrochen werden. Aus der Zeit dieser diplomatischen Spannungen datiert ein unter Nummer 46 des dossier militaires secret registrierter Brief vom 17. Januar 1895, anscheinend vom Berliner Staatssekretär des Auswärtigen (v. Marshall?) an Schwarzkoppen gerichtet, dessen Inhalt für deutsche Leser von Interesse ist, und dessen markanteste Sätze dahin lauten: „Was Dreyfus anlangt, so ist man hier endlich darüber beruhigt und billigt mein Verhalten. Was eigentlich jüngst den Kaiser wegen dieser Frage selbst so in Harnisch gebracht hat, weiß niemand recht, selbst Bohleno nicht. Wahrscheinlich ist irgend ein nichtsnutziger Zwischenträger thätig gewesen. Jetzt ist der Kaiser aber wieder guter Dinge; natürlich will er alles selbst in der Hand behalten, und sein neuerlicher Besuch bei Herbede (dem Berliner Botschafter Frankreichs) hat viel zu reden gegeben.“ Ist, wie ich vermute, der ursprüngliche Text deutsch gewesen, so kann die vorstehende Rücküberlegung aus dem Französischen auf wörtliche Treue keinen Anspruch machen. Als dann aber im November 1897 die Dreyfus-Affaire in Frankreich von neuem flagrant wurde, und die Frage der Dreyfus'schen Espionagebeziehungen zu Deutschland und Italien wiederum im Vordergrund der Dreyfus-Kampagne stand, haben sowohl Graf Münster, wie der italienische Botschafter Graf Tornelli in der officiellsten und blindesten Form dem französischen Gouvernement die Zusicherung gegeben, daß keiner der beiden Staaten, weder unmittelbar noch mittelbar, etwas mit Dreyfus zu thun gehabt hat; sie haben die feierlichsten, von Schwarzkoppen und Panizzardi auf Ehrenwort beurlaubten Versicherungen gleichen apodiktischen Inhalts übergeben und die volle Vereidung ausgesprochen, beide Militärbevollmächtigten als Zeugen vernemen zu lassen.

Gerade diese Art und Weise, wie sich die Staaten ohne Scheu gegenseitig bespitzeln, erklärt einen Teil der sittlichen Verwahrlosung, die in dem Dreyfus-Handel zu Tage getreten ist. Wer seine Hände immer im „dienlichen Interesse“ zwischen so schmutzigen Unternehmungen wie die der französischen Agenten, zu stecken gezwungen ist, dessen Hände bleiben schmutzig, auch wenn es der Dienst nicht erfordert. Das Unternehmungsvermögen zwischen Gut und Böse muß in dieser Thätigkeit abtumpfen, und man wird sich schließlich zu dem Satz bekennen: Alles ist erlaubt, was Erfolg verspricht.

Grenzen des Militarismus. Ueber den Schießplatz von Lodstedt führt eine Landstraße, deren Verlegung vom Regierungspräsidenten beschlossen wurde, weil infolge der Schießübungen die den Weg Passierenden gefährdet würden. Der Landesdirektor erhob gegen die Verlegung des Weges Einspruch und nachdem der Einspruch zurückgewiesen worden war, Klage im Verwaltungsstreitverfahren. Der Bezirksauschuss erkannte auch aus rechtlichen Gründen zu Ungunsten des Regierungspräsidenten.

Diese Entscheidung focht der Regierungspräsident durch Berufung beim Ober-Verwaltungsgericht an und suchte nachzuweisen, daß die Verlegung des Weges im öffentlichen Interesse erforderlich sei. Der Landesdirektor beantragte die Zurückweisung der Berufung und führte unter anderem aus, die Verlegung des Weges werde im Privatinteresse eines einzelnen Anliegers gefordert, d. h. des Militärfiskus, lediglich zu dem Zwecke, um eine unbefchränkte Schießerei zu ermöglichen. Es wäre Sache der Polizeibehörde gewesen, dafür zu sorgen, daß der Verkehr durch die Schießübungen nicht gestört werde; einem Schießklub wäre offenbar das Schießen schon längst von der Polizeibehörde verboten worden. Die Polizei habe nicht gegen den vorgehenden, der gestört werde, sondern gegen den, der den Verkehr störe. Es sei mithin dem Militärfiskus das Schießen zu verbieten, wenn dadurch der Verkehr gefährdet werde. Das Oberverwaltungsgericht befürwortete, wie man der „Voss.-Ztg.“ schreibt, darauf die dem Regierungspräsidenten ungünstige Entscheidung des Bezirksauschusses.

Unsere Wälder werden an ihren schönsten Stellen durch Wärmungsstufen abgeperert, die dem Eindringen die Todesstraßen durch die von den Schießständen abirrenden Kugeln androhen. Es könnte vielleicht auch dem Forstfiskus in einzelnen Fällen geraten werden, den Ansprüchen des Militärfiskus gegenüber nicht allzu gefällig zu sein.

Ein Prediger in der Wüste. In dem Drauschwelger Ort Helmsiedt hat der Oberamtsrichter Seebuch einen Artikel veröffentlicht, in dem er die Ursachen eines Untwetters in folgender Weise auseinandersetzt:

„Wir halten fest an dem Glauben, daß solche großartigen Naturereignisse nicht auf das Spiel eines Zufalls zurückzuführen sind. Unwillkürlich kommt uns wohl der Gedanke, daß es Gott dem Herrn ein leichtes gewesen wäre, auch noch weit länger, als diesmal geschehen, die starken Regenmassen herabströmen zu lassen, und wir werden erinnert an die starke Sintflut, wo es um der damaligen Sündengrube willen 40 Tage und 40 Nächte auf Erden regnete, und allein Noach mit seinen Angehörigen aus dem allgemeinen Verderben gerettet ward. Wird hier zu Lande und im besonderen auch in unserer Stadt Helmsiedt allgemein nach Gottes Willen gelebt? Sind hier allgemein zu finden: Gott wohlgefällige Liebe, Freude, Friede, Geduld, Freundlichkeit, Gütigkeit, Glaube, Sanftmut, Keuschheit? Oder giebt es auch unter uns die schlimmen Werke des Fleisches, die im Worte Gottes klipp und klar — ohne jede Bemäntelung genannt werden: Ehebruch, Hurerei, Feindschaft, Haber, Reid, Zorn, Zank, Zwierrat, Haß, Fressen und Saufen und dergleichen? Man denke nur ein wenig zurück, und man wird finden, daß wir nicht viel Grund haben, uns unserer Vortrefflichkeit vor Gott zu rühmen. Ist uns wohl schon einmal der Gedanke schwer aufs Herz gefallen: „Wie viel mehr könnte wohl an Berlin christlicher Barmherzigkeit an den Armen, Elenden und Verkommenen unseres deutschen Volkes sowie an den noch im Todesgraben stehenden Heiden, Juden und Mohamedanern geschehen?“

Was Graf Büdler für die Judenfrage ist, bedeutet der brave Oberamtsrichter für die Wetterkunde. Die Helmstedter resp. ihr Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs thäte gut, dieses Urteil über das Sündenbabelchen durch Inzerte weltbekannt zu machen. Ein außerordentlicher Jutug von Vergnügungsfähigen wäre die Folge. Denn wie fidel muß es sich dort leben, wenn schon ein Schürzenfest — das nämlich den Jörn des Himmels und des Oberamtsrichters erregt haben — so nett verläuft. —

Auf dem 14. rheinischen Handwerkerfest in Steele hat sich wieder die ganze mittelalterliche Müßiggangigkeit der Jutler gezeigt. Bei dem Punkt „Gefängnisarbeit“ wünschte der Referent Hobbe (Möln), daß im Gefängnis gesundheitschädliche Arbeit angefertigt werden möchte; und der Abgeordnete Euler sprach sich für eine Verstaatlichung der gesundheitschädlichen Fabriken aus, damit die Gefangenen darin bei der Herstellung von Bleiweiß, Spiegelglas, Jünbholzern und dergleichen verwendet werden könnten. — Das wäre also die Einführung der langsamen Todesstrafe! —

Das Ende einer Zwangsinnung. Am Montag wurde in Köln die Zwangsinnung für das Schuhmacherhandwerk nach dreimonatigem Bestehen wieder aufgelöst. Von 650 Mitgliedern erhob sich nicht ein einziges für das Fortbestehen. Die Zwangsinnung war dadurch zu stande gekommen, daß die Innungsbeamten die Gegner überstülpten. Als aber der Vorstand gewählt wurde, stießen die Leute des bekannten Innungsapostels Jigge durch und es kam ein innungsfeindlicher Vorstand ans Ruder. In einer Generalversammlung vor zwei Wochen hat die Zwangsinnung den lustigen Beschluß gefaßt, die von der früheren freien Innung übernommene Fahne einem historischen Museum zu überweisen.

Aus Meiningen. (Fig. Ver.) Leider ist es traurige Gewißheit, daß unser ehemals liberal registriertes Ländchen mehr und mehr der Fortschwärze der Reaktion wird. Dem die Arbeiter entprechenden Gemeindegeseß folgte die Zustimmung unseres Bundesratsmitgliedes zur Justizhausvorlage, obwohl im ganzen Ländchen, nach der eigenen Aussage des Regierungsvertreters im Landtage, nichts geistlicher ist, was ein derartiges Geseß rechtfertigt. Nichts ist die Justizhausvorlage jedoch nur gegen Erwählene, so hat, wenn man das so nennen will, Meiningen jetzt auch sein Justizhausgeseß für Kinder! Freilich führt das Geseß einen harmloseren Titel, indem es lediglich die Zwangserziehung der Kinder neu regelt. Und siehe da, was unsere Geseßmacher in diesem Genre geleistet haben, es dürfte für alle Zeiten unerreicht dastehen und dem Meiningener Lande der unbestrittene Ruhm gebühren, die unseres Wissens „besten“ Zwangserziehungsbestimmungen zu besitzen. Bei den Verhandlungen über die entsprechende Vorlage im Landtage wurde nämlich der Satz, daß Kinder vom 6. Lebensjahre ab „für ihre Handlungen insofern verantwortlich gemacht“ und bedwegen in Zwangserziehung gebracht werden können, noch dahin „verbessert“, daß diese Bestimmung auch auf Kinder unter 6 Jahren angewandt werden kann. Der Herr Regierungsvertreter gab zwar die Erklärung ab, daß man in dieser Hinsicht nicht zu schwarz sehen und den Vormundschaftsrichtern vertrauen möge, die nicht ohne den dringlichsten Anlaß die Zwangserziehung für so kleine Kinder verfügen würden; wenn man aber bedenkt, daß gerade 3 Vormundschaftsrichter es waren, die in der Kommission des Landtages diese herrliche Bestimmung bez. der Kinder unter sechs Jahren erlassen und durchsetzten, so dürfen wir uns ohne weiteres schon auf Verschiebung in der Praxis gefaßt machen. Wird das nun freilich auch nicht so schlimm werden, daß ein Säugling wegen fortgesetzten böswilligen Stimmens seines Aufsichters in Zwangserziehung gegeben werden muß, so läßt doch der bekannte Entschluß eines preußischen Amtsgerichts, nach welchem socialdemokratische Eltern als „ungeeignete“ Erzieher bezeichnet wurden, nicht gerade heitere Perspektiven zu; denn um ein Kind in Zwangserziehung zu bringen, ist ja durchaus nicht nötig, daß es selbst verdorben, sondern es genügt schon, wenn seine Erziehung „fittlich gefährdet ist“. Und bei welchem Socialdemokraten trafe dies — nach Ansicht gewisser Leute — nicht zu? —

Aus Oeffen, 18. Juli. (Fig. Ver.) Das Steuerreformwerk wurde heute glücklich unter Dach und Fach gebracht. Nachdem die erste Kammer sich dazu ausgesprochen hatte, der Erhöhung der Progression in der Einkommensteuer bis zu 5 Proz. ihre Sanction zu erteilen, war der hauptsächlichste Stein des Anstoßes beseitigt. Die übrigen Dissense zwischen beiden Kammern wurden durch Nachgeben von ihnen und drüben aus der Welt geschafft. Der beiderseitige Wunsch, die ganze Reform nicht zu unterlegen noch an Einzelfragen scheitern zu lassen, wirkte offensichtlich auf die Gemüter. Der Umstand, daß ein, wenn auch bescheidener Steuererlaß für die zwei untersten Steuerklassen seitens der Regierung und der ersten Kammer longebiert wurde, ermöglichte es auch der socialdemokratischen Fraktion, einige feilbare Positionen fallen zu lassen — „vorläufig“, wie Abg. Ulrich ausdrücklich betonte. Wir werden das jetzt nicht Erreichte, insbesondere die Progression in der Vermögenssteuer, der die zweite Kammer zugestimmt hatte, sofort im nächsten Landtag als Antrag wieder aufnehmen. — Wir haben also jetzt eine Steuerreform nach preußischem Muster. Ungeduldige Freude wird sie im Lande sicherlich nicht hervorrufen. Das Bestreben, die Reichen möglichst zu schonen, um ein gut Teil der erlassenen direkten Steuer auf indirektem Wege, insbesondere durch Erhöhung der Stempelabgaben wieder einzubringen, hat die guten Seiten der Reform stark beeinträchtigt. Bei den Landtagswahlen im Herbst wird die Bevölkerung Gelegenheit haben, ihre Meinung über das „große Werk“ abzugeben.

Der Schluß des Landtages erfolgt am Mittwoch.

Fall Schiller vor der heßischen Kammer.

Aus Darmstadt wird gemeldet: In der Dienstagabend-Sitzung der zweiten Kammer beantwortete Staatsminister Kothe die Interpellation des Abgeordneten David (Eod.) über die Pensionierung des Geheimen Oberschulrats Professors Dr. Schiller dahin, daß bei der Kürze der Zeit die Regierung der Frage nicht die Sorgfalt habe widmen können, die sie in Anbetracht der Wichtigkeit verdiene. Nach Artikel 13 des Edikts von 1820 über die öffentlichen Dienstverhältnisse der Civil- und Staatsbeamten habe die Regierung das Recht, jeden Staatsbeamten vermög. Verfügung der obersten Staatsverwaltung zu jeder Zeit in den Ruhestand zu versetzen. In diesem Falle habe der Großherzog von dem Rechte Gebrauch gemacht, weil die Art, in der Geheim-Oberschulrat Dr. Schiller sich der Presse gegenüber verhalten habe, mit der Ordnung im Staatsdienste nicht verträglich sei. Ob ein Disciplinarverfahren eingeleitet werde, sei noch nicht entschieden. Die Wiederanstellung halte die Regierung für ausgeschlossen. Ueber Maßregeln, die zur Beseitigung etwaiger Schäden in Schulwesen zu ergreifen seien, sei sich die Regierung noch nicht schlüssig geworden.

Abg. Dr. David hält die Anwendung jenes längst veralteten Edikts für unangebracht. Man hätte gegen einen Mann wie Schiller nicht so kurzer Hand verfahren dürfen. Es wäre nötig gewesen, ein Disciplinarverfahren gegen ihn einzuleiten und dessen Resultate abzuwarten. In anderen Fällen habe die Regierung eine solche Energie nicht gezeigt. Er erinnere nur an die Fälle Solban, Dettweiler, Richter. Solban sei nicht wie Schiller ohne ein Wort der Anerkennung entlassen worden. Er bestreite, daß Schiller sich durch seine Veröffentlichungen in der „Frankfurter Zeitung“ einer Verletzung des Dienstgeheimnisses schuldig gemacht habe. Schiller konnte allerdings nicht erwarten, daß sein Schritt eine solche Wirkung haben würde. Schuld und Sühne ständen nicht in entsprechendem Verhältnis. Die Regierung habe ja auch ihre Schritte, die er als überflüssig bezeichnete, teilweise rückgängig gemacht. Der akademischen Beurlaubung Schillers lege sie kein Hindernis mehr in den Weg. Auch die anderen Schritte würde die Regierung zurücknehmen. Artikel 15 des Edikts von 1820 gebe ihr das Recht, einen abgesetzten Beamten wieder in einem anderen

Amt zu beschäftigen. Er erachte den Verlust der eminenten Arbeitskraft und Autorität Schillers auf dem Gebiete der Pädagogik als einen schweren Schaden für das Land. Redner legt die Bedeutung Schillers des näheren dar und geht auf seine Veröffentlichungen in der „Frankfurter Zeitung“ ein. Schiller habe den wirksamsten Weg eingeschlagen, um die von ihm erkannten Schäden zu heben. Er habe das System Knorr-Soldan angegriffen, aber nicht die neue Regierung und die neuen Männer. Er habe nur die Wege gewiesen, die zur Heilung führen könnten: das sei ein Verdienst und kein Vergehen.

Staatsminister Kothe und Ministerpräsident Braun suchten die Angriffe Dr. Davids zu entkräften. Es kam zu längerer Debatte über die Unterredung zwischen Prof. Schiller und dem Staatsminister. Nationalliberale und Centrum stellten sich auf Seite des Ministeriums. —

Stuttgart, 19. Juli. Die Kammer nahm mit großer Mehrheit die Anträge der Finanzkommission zur Reform des Pericentiaris an. Ministerpräsident Dr. Freyher von Mittnacht erklärte, daß der süddeutschen Vereinigung alsbald eine Vereinigung sämtlicher deutscher Verwaltungen nachfolgen werde. —

Samoa.

Dem Reuterschen Bureau wird aus Apia vom 11. d. M. gemeldet: Am 4. d. M. hat bei Sotata im Distrikt des Hauptinsels Suatale ein Gefecht stattgefunden, bei welchem ein Malietoa-Hauptling tödlich verwundet, zwei Mataafa-Hauptlinge — einschließl. des Sohnes des Suatale — getötet und drei verwundet wurden. Die Kriegsschiffe „Tauranga“ und „Cormoran“ verhafteten drei Hauptlinge und brachten sie nach Apia, wo sie vor das Obergericht gestellt werden sollen. Die Kommission, welche auf Savaii und Upola Versammlungen abhält, wird morgen nach Apia zurückkehren und von hier nach Washington abreisen. — Der Oberrichter Chambers reist am 14. Juli mit gewöhnlichem Urlaub von hier ab und wird nicht wieder zurückkehren; er hat zwar nicht seine Entlassung gegeben, hat aber die Frage seines Rücktritts dem Präsidenten Mac Kinty zur Entscheidung überlassen.

Zur Zeit ist alles ruhig. Die Kommissare haben auf den 14. d. M. die Vertreter beider Parteien zusammenberufen, um über die Regierungsform zu beraten. Mataafa, der in die Abschaffung des Königtums einwilligt, wird an dieser Versammlung teilnehmen.

Das Invalidenversicherungs-Geseß und die Centrumspreffe.

Der Centrumspreffe, voran der „Kölnischen Volkszeitung“, ist die Erkenntnis unbehaglich, daß die katholische Arbeiterchaft in immer weiteren Kreisen harter zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Arbeiterchaft es in erster Linie der Haltung des Centrums zu danken hat, daß die Invalidenversicherungs-Novelle so herzlich wenig zu Gunsten der Arbeiterchaft bietet. Dies Unbehagen bringt sie in einer gewissen methodischen Gleichmäßigkeit zum Ausdruck. Sie tritt immer wieder von neuem die Rufe auf: „Reim neuen Invalidenversicherungs-Geseß hat die Socialdemokratie befallentlich“ — „befallentlich“ ist das Wortlein, das häufig in Centrumsblättern bei Anführung von Unrichtigkeiten sich findet — zum erstenmal einem von der Regierung eingebrachten socialen Geseßentwurf von größerer Bedeutung zugehimmelt. In übrigen hätten die socialdemokratischen Forderungen aber „Unerschöpfbares“ verlangt. Diesem Gebrauche gegenüber sei die „Köln. Volksz.“ wiederholt an einige Thatsachen erinnert. Die Versicherungs-Novelle ist nichts weniger als ein „socialer Geseßentwurf von größerer Bedeutung“, sie stellt ein unzulängliches Rückwerk dar, das keine dürftige Gestalt nicht zum letzten der ablehnenden Haltung des Centrums fast allen Anträgen gegenüber zu danken hat, welche von den Socialdemokraten gestellt wurden, um eine wirkliche Fürsorge für die in Dienste der Arbeit invalide Gewordenen herbeizuführen. Die Socialdemokraten stimmten schließlich im Reichstag für die Novelle, wiewohl sie nur Widerstand leisteten, weil sie immerhin einen Fortschritt gegenüber dem bestehenden Zustand darstellte. So hat sie stets gehandelt. Sie hat deshalb zum Beispiel für das Lohnbeschlagnahmegeseß, für die den § 157 des Invalidenversicherungs-Geseßs betreffende Novelle im Jahre 1881, ferner 1886 und 1889 für die Kriegsinvaliden-Pensionierung, ferner für beide Lohngeseße gestimmt, wiewohl ihre weitergehenden Anträge abgelehnt waren. Sie hat deshalb für diese Geseßgebung gestimmt, weil diese immerhin eine Besserung dem bestehenden Zustand gegenüber bedeutete.

Bei welcher Gelegenheit, verehrte Kollegin vom Rheine haben die Socialdemokraten gegen ein „sociales Geseßgebungswerk von größerer Bedeutung“ gestimmt? Wann ist je seitens der Regierung ein solches vorgelegt? Es ist zwar eine alte, aber nichtbestehende unaufrichtige Laune der bürgerlichen Parteien, zu behaupten, die Socialdemokraten stimmten grundsätzlich gegen jedes Geseß. Weshalb tritt die Centrumspreffe in Anlehnung an das Invalidenversicherungs-Geseß diese durch ihre Wiederholung nicht rüdtiger werdende Behauptung immer wieder auf? Weil die Centrumpartei selbst bei dem Invalidenversicherungs-Geseß fortdauernd vor den Wünschen der Unternehmerklasse umgegangen ist. So gab sie das Wort von ihr verfochtene allgemeine Wahlrecht für die Organe der Versicherung preis, stimmte gegen die Anträge, nach denen unmittelbar an die Kranken die Invaliditäts-Fürsorge angegeschlossen werden sollte, stimmte in dritter Lesung gegen die Möglichkeit, zu Gunsten des Lebens und der Gesundheit von Arbeitern Schulvorschriften zu erlassen, stimmte gegen die Erhöhung der Renten, wie sie socialdemokratischerseits beantragt war, stimmte für Verschlechterung der Lage invalider Bergarbeiter, stimmte gegen die gesetzliche Festlegung, daß, wer wirklich erwerbsunfähig ist, auch im Sinne des Invalidengeseßs als erwerbsunfähig erachtet werden müsse usw. Das Centrum vermochte im Reichstag keine berechtigten Gründe für diese nicht volksfreundliche Haltung anzuführen. Nunmehr kommt der Centrumpartei die „Kölnische Volkszeitung“ zu Hilfe. Sie läßt sich aus Berlin schreiben, warum es beispielweise unmöglich gewesen wäre, für die gewiß recht menschenfreundliche Bestimmung einzutreten, daß bei Erwerbsunfähigkeit ein Anspruch auf Invalidenrente eintreten solle, wenn die Erwerbsfähigkeit infolge von Alter, Krankheit oder anderen Gebrechen auf die Hälfte herabgesetzt ist (das Geseß begnügt sich mit einem Drittel). Und was ist der Grund, den der Mitarbeiter der „Kölnischen Volkszeitung“ anföhrt? Der Grund besteht danach darin, daß dann die — Zahl der Invalidenrentner eine größere geworden wäre. Ei, freilich: der Zweck des „recht menschenfreundlichen“ Vorschlages ging ja dahin, alle Invaliden auch als invalide anerkennen zu lassen. Aber die Lasten wären dann gewachsen und dadurch vielleicht die Beiträge erhöht, meint die „Köln. Volksz.“ Weshalb stimmte das Centrum nicht für den socialdemokratischen Antrag, der die Beseitigung der Beiträge und ihren Ersatz durch eine auf hohe Einkommen gelegte Reichsteuer begehrt? Freilich, dann wären Arbeiter von Lasten befreit und statt ihrer Wohlhabende an die Pfllichten, die der Wessy auferlegt, erinnert worden.

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Wien, 19. Juli. Der Arbeiterführer Dr. Ellenbogen wurde wegen Beleidigung von Sachorganen aus Anlaß der jüngsten Demonstrationen zu vier Wochen Arrest verurteilt. —

Frankreich.

Paris, 19. Juli. Die Vertheidiger Dreyfus richteten an den Kolonialminister einen Brief, in welchem sie die Einverleibung aller zurückgebliebenen Briefe Dreyfus in die Akten des Kriegsgerichtes in Rennes verlangen. — Dem „Figaro“ zufolge geht das

Gericht, alle geheimen Aktenstücke würden ausnahmslos dem Kriegsgericht mitgeteilt und in den Verhandlungen verlesen werden. Die Aktenstücke würden in drei Teile eingeteilt werden. Erstens in solche, welche sich direkt auf Dreyfus beziehen, zweitens in solche, welche mit den ersten in Beziehung stehen, und drittens in solche oder verdächtige Stücke. Die beiden ersten Gruppen wurden in der Unteruchung des Kassationshofes veröffentlicht, die dritte Gruppe hatte der Kassationshof für unwürdig gehalten, entgegengenommen und in Erörterung gezogen zu werden. Sie sind Fabrikate von Agenten niedrigster Art, welche an den Generalstab verkauft worden waren, wo sie nach dem Weggange Picquarts vom November 1896 bis zum Oktober 1897 zusammengefaßt worden sind.

„Independence Belge“ behauptet, die französische Regierung beabsichtige, nach einigen Tagen der Verhandlung gegen Dreyfus die Anklage zurückzuziehen. —

England.

London, 17. Juli. (Fig. Ver.) Das Parlament hat sich die letzte Woche fast lediglich mit der Bill zur Steuerentlastung der — Irdischen — Zehntenempfänger beschäftigt. Durch rücksichtslose Anwendung des Debattenkessels hat die Regierung dieses, selbst vielen Mitgliedern der eigenen Partei verhaßte Artentat auf die Tischen der Steuerzahler in rasender Eile im Haus der Gemeinen durchgepeitscht — am Donnerstag sogar mit Jubiläumnahme einer Nachtigung, die sich bis 4 Uhr morgens hinzog. Die Opposition, insbesondere die Vertretung von Wales, stellte Anträge über Anträge, um die vorgelegene Entlastung wenigstens auf bestimmte Kategorien von Irdischen zu beschränken, aber sie wurden entweder von den Vorsitzenden (der im englischen Parlament sehr weitgehende Vollmachten hat) als formell unzulässig erklärt oder von der Regierungsmehrheit schlankweg verworfen. Verschiedene Tories, denen es wider ihr Gewissen ging, diesem Raubzug zuzustimmen, haben sich auf keinen geben, so daß die Mehrheit eine geringere war wie gewöhnlich. Aber sie reichte aus, und im Haus der Lords ist der Will eine erdrückende Mehrheit geföhert. Wie ihrem agrarischen Geseß, ist die Regierung auch ihren Freunden in den Reihen der Irdischen die vor den Wahlen versprochene „Liebergabe“ nicht schuldig geblieben. In dieser Hinsicht kann sie sich rühmen, „Regierung der eingelösten Versprechen“ zu sein.

Ob die Liebergaben sonst ihren Zweck erfüllen, ist eine andere Frage. Der kapitalistischen Landwirten hat die zugeschanzte Steuerentlastung nicht entsetzt soviel eingebracht, als ihnen nach ihrer Hauptangabe der industrielle Aufschwung durch Entziehung der Arbeitskräfte schadet. Und selbst wenn das übertrieben ist, muß noch abgeworrt werden, ob nicht die Hauptwirkung der Steuerentlastung die war, notwendige Veränderungen in der Bodenbewirtschaftung zwecklos zu verzögern. Die Liebergabe an die „freien“ Schulen, mit denen die Regierung vor drei Jahren ihre kirchlichen Freunde belohnte — die Masse der freien Schulen Englands sind kirchliche Schulen — um sie gegenüber dem Vordringen der öffentlichen (Board-) Schulen zu beschützen, verhindert nicht, daß dieses Vordringen sich trotzdem vollzieht. So sind, nach dem jeben erschienenen Bericht des Erziehungsdepartements im letzten Halbjahre wieder neun Distrikte zum System der Board-Schulen übergegangen. Und eine Masse freier Schulen klagen, daß seit sie die erhöhten Staatszuschüsse bekommen, die freiwilligen Beiträge, die jene nur ergänzen sollen, in entsprechendem Maße zurückgeblieben. Kurz, der Segen ist sehr zweifelhaften Charakters. Auf dem Gebiete der Finanzpolitik hat die gegenwärtige Regierung keine Vorbeeren gesammelt. —

Einen interessanten Entscheid haben vor einigen Tagen drei als Verurteilung figurierende Oberichter in einer Haftpflichtfrage gefällt. Dem Verführer einer Weiberei war von einem Weberschiff der Daunen weggerissen worden, da aber die Firma den Mann zu seinem bisherigen Lohn weiter beschäftigt und das englische Unfallgeseß Entschädigung nur dann zuspricht, wenn der Verletzte mehr als zwei Wochen außer Stande geblieben ist, seinen bisherigen Lohn zu erwerben, hatte der erste Richter erkannt, daß Anspruch auf Entschädigung nicht vorliege. Die Oberichter fanden jedoch, daß der Verlust des Daunens eine Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit sei und wiesen den ersten Richter an, den Unternehmer zu beurteilen, dem Verletzte, solange dieser keine faktische Einbuße an seinem Einkommen erleide, wöghentlich — einen Penny Entschädigung zu zahlen, um dessen Rechtsanspruch in Kraft zu erhalten. —

Schweden.

Die Sanction des Justizhausgeseßs. Der „liberale“ König Oskar von Schweden hat das Justizhausgeseß sanctioniert. Das Geseß bedroht mit Justizhaus jeden, der in geseßwidriger Weise durch Gewalt oder Drohungen jemand zwingt, etwas zu thun, zu dulden oder zu unterlassen, und dergleichen Strafen gelten für denjenigen, der den Versuch macht, jemand zur Teilnahme an einer Arbeitseinstellung zu bewegen oder an der Wiedererfassung der Arbeit zu verhindern. Der Vorschlag zu diesem Geseß war im Reichstag von dem ländlichen Abgeordneten Behrsonn, dem Vertreter eines Wahlkreises eingebracht worden, wo Arbeitseinstellungen vorgekommen waren, und die Erste Kammer, die ebenso wie die entsprechenden Körperschaften in anderen Ländern gleich dabei ist, wenn es gilt, Arbeiterrechte zu beschränken, nahm das Geseß kurzerhand an. Aber selbst in der Zweiten Kammer ging es mit bedeutender Mehrheit durch, obwohl sich die im Reichstag stehenden Juristen, und zwar konservative, mit aller Entschiedenheit gegen das Geseß aussprachen, indem sie betonten, daß es gegen die Grundgesetze der schwedischen Geseßgebung streite, den Versuch zu einem Verbrechen mit derselben Strafe wie das vollendete Verbrechen zu belegen. Dies geschah letzten Winter. Da nun die schwedische Geseßgebung die Vorrichtung entfällt, daß, um überreichte Beschlüsse des Reichstages ungeschädlich zu machen, alle Geseße noch dem Höchsten Gerichtshof zur Prüfung vorgelegt werden, bevor die Befügung erfolgt, hoffte man, daß Schweden von diesem Geseß, das in den weitesten Kreisen schärfste Verurteilung fand, befreit bleiben würde. In der That sprach sich dieser Gerichtshof, aus mehr als einen Duzend Mitgliedern, die Justizräte genannt werden, bestehend, einhellig gegen die Befügung aus. Damit hatte der Beschluß des Reichstages die allerschärfste Verurteilung gefunden, und das Geseß schien beseitigt. Doch nun König Oskar dem Gutachten des Höchsten Gerichtshofes zum Troz ein solches Geseß befügt, macht außerordentliches Aufsehen und erregt selbst bei den Schmeichlern dieses Fürsten, die seinen Gerechtigkeitsfimmel loben, große Bedenken. Eine äußerst erbitterte Bewegung der Arbeiterklasse wird die Antwort auf das schändliche Geseß sein.

Englische Bahnpäne in Süd-China. Eine aus vier Ingenieuren bestehende Kommission, welche die Regierung zur Erforschung der Möglichkeiten einer Eisenbahnverbindung durch Hünan zum Yangtse-Fluß ausschickte, hat einen günstigen Bericht erstattet. Es soll keine Schwierigkeiten machen, vom Endpunkt der von Kambale (Britisch Birma) nach Hünan führenden Eisenbahn eine Eisenbahn nach Lu am Yangtseflus zu führen. Die Linie, die eine Länge von 1000 englischen Meilen haben würde, durchzöge nicht nur die fruchtbarsten Provinzen des südlichen China, sie wäre auch für England strategisch von größtem Wert und stellte die Verbindung Britisch Indiens mit den englischen Handelsplätzen im schiffbaren Gebiet des genannten Flusses her. Kein Wunder, daß leitende englische Blätter die sofortige Aufbringung von Geldern für die Herstellung der Eisenbahn befürworten und diese samt Rebenlinien schon im Geist hergestell haben. Aber bis das Geld zusammen und die Eisenbahn gebaut ist, wird doch noch manches Wasser den besagten Fluß hinablaufen.

Verichtigung. Durch ein Versehen ist im gestrigen Blattartikel eine Zeile angefallen. Auf der ersten Spalte, Zeile 29 von unten muß nach den Worten: „Und des socialen sogar noch in höherem“ folgen: „Wage als des politischen, denn es liegt in der“. Der

Sag hat also zu lauten: Und des socialen sogar noch in höherem Maße als des politischen, denn es liegt in der Natur der Dinge, daß der ökonomische Druck, gerade weil er den politischen Druck einschließt und einbegreift, an sich stärker ist als der politische, der nicht notwendig auch ein ökonomischer ist.

Parlamentarisches.

Die Justizkommission des Berliner Herrenhauses für die Neuordnung der preussischen Rechtspflege hat, nachdem heute die zwei Lesungen vorgenommen und zu Ende geführt worden sind, ihre Arbeiten erledigt. Dabei sind in Bezug auf ein Gesetz, das betreffend die freiwillige Gerichtsbarkeit, die in erster Lesung gefassten Beschlüsse gegenüber den Entschlüssen des Abgeordnetenhauses wieder fallen gelassen worden. Danach stellt sich das Gesamtergebnis der Beratungen der Kommission folgendermaßen dar: 1. Das eben genannte betreffend die freiwillige Gerichtsbarkeit, 2. das betreffend die Zivilprozess-Ordnung, 3. das über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung und 4. die Grundbuchordnung. Abänderungen haben dagegen erfahren die übrigen drei Gesetzesentwürfe: 1. das Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch, und zwar in zahlreichen, jedoch nicht hervorragenden Details. In einem besonders wichtigen Punkte wegen der mündelsicheren Papiere ist die Kommission des Herrenhauses dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses beigetreten. Die abweichenden Beschlüsse betreffen die Güterrechte, die Bestimmungen über die Stiftungen usw., zweitens ist das Handelsgesetzbuch in einem wichtigen Punkte, welcher die Auflösung der Aktiengesellschaften betrifft, durch Wiederherstellung der Regierungsvorlage abgeändert worden, drittens wurden in dem Gesetzesentwurf über die Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher in Artikel 3 die Gebührensätze der Regierungsvorlage ebenfalls wiederhergestellt.

Partei-Nachrichten.

Die Elberfelder Parteigenossen beschloßen am Montag in der Sitzung des Volksvereins nach einem eingehenden Referat des Genossen Allenbaum, sich an den diesjährigen, im Herbst stattfindenden Stadtverordneten-Wahlen zu beteiligen. Während die Partei bereits in den Jahren 1893 und 1895 an den Stadtverordneten-Wahlen aktiv teilgenommen hatte, wurde im Jahre 1897 infolge der früher erzielten unglücklichen Resultate eine Beteiligung abgelehnt. Doch war gerade dieser Wahlkampf heftiger als je. Während in den Jahren 1891, 1893 und 1895 nur 9/2, 19 und 29 Proz. der Wähler abgestimmt hatten, stieg in diesem Jahr die Beteiligung auf annähernd 40 Proz., und die in dem stark vereinigten Freisinnigen, Ultramontanen, Nationalliberalen und Konservativen, die seit 1891 gewöhnt waren, nach Ueberwindung der Eise unter sich zu verteilen, erlangten gegenüber den die Kartellwirtschaft im Rathaus bekämpfenden Bürgervereinen mit knapper Not die Mehrheit. Mittlerweile ist die Mitbestimmung über die Selbstherrlichkeit und Mißwirtschaft des Kartells nur noch gewachsen, so daß die Partei, um ihre in der letzten Reichstagswahl gekräftigte einflussreiche Stellung auch hier zu behaupten, nicht wieder, wie 1897, Wehr bei Fuß dem Wahlkampf unthätig zusehen kann, um so mehr, als es den Parmer Genossen in der letzten Wahl sogar gelang, zwei ihrer Kandidaten in die Stichwahl zu bringen, was ansehnlich auf die Elberfelder einwirkte. Dabei ist nicht außer acht zu lassen, daß seit den letzten Jahren durch die größere Heranziehung der Arbeiter zu den direkten Steuern eine bedeutende Verschiebung der Wählerkraft der dritten Klasse zu Gunsten der sozialdemokratischen Partei stattgefunden hat, so daß bei einigermaßen reger Agitation es unserer Partei gelingen muß, einen nicht unwesentlichen Einfluß auf den Ausschluß der Wahl ausüben zu können. Ueber die Kandidatenfrage und das Wahlprogramm wird in den nächsten Sitzungen des Volksvereins Beschluß gefaßt werden.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

Zur Verbüßung einer sechsmonatlichen Haft hat der Genosse Dutz in Brandenburg das Gefängnis bezogen. Dutz sollte in der „Brandenburger Zeitung“ den Gerichtsdirektor Hirschfeld beleidigt haben.

Genosse Dr. Cuarc hat am 18. d. M. seine viermonatliche Gefängnisstrafe, die er in dem verurteilten Majestätsbeleidigungs-Prozess von der Frankfurter Strafkammer diktirt bekommen hat, im Gefängnis zu Breunungsheim angetreten. Wenn jemals ein Mensch im Bewußtsein der Unschuld ins Gefängnis geht, so ist es unser Genosse. Das beweist am besten die herbe Kritik, welche die Blätter aller politischen Richtungen sowohl an dem Landgerichts-Urteil wie auch an der Reichsgerichts-Entscheidung geübt haben. Selbst nationalliberale Regierungsorgane halten dieses Urteil für einen Rechtsirrtum. Aber all die scharfe Kritik, die an dem Urteil geübt worden ist, ändert nichts mehr an dem Schicksal unseres Kollegen. Wie so viele Männer der Feder vor ihm, so muß auch er das Opfer bringen, denn „Brummen“ gehört nun einmal zum Handwerk eines sozialdemokratischen Redakteurs. Es ist das erste Mal, daß Genosse Cuarc in das Gefängnis eingeworfen wird, mögen ihm die „Annehmlichkeiten“ einer solchen Staatspension nicht zu hart ankommen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Vergoldet Deutschland! Die Kollegen werden ersucht, Zugang nach St. Gallen (Schweiz) wegen dort ausgebrochener Differenzen bis auf weiteres fernzuhalten. Der Vollmächtige der Filiale Berlin.

Der Streik bei der Firma Lange u. Wagner, Holzbearbeitungs-Fabrik, Engel-Ufer 1b, ist durch schriftliche Anerkennung der Forderungen der Arbeiter beendet. Die Organisation der Arbeiter ist ausdrücklich anerkannt, die alten Arbeiter treten in ihre Stellen wieder ein. Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden.

Achtung Köpfer! Der Ausstand in Brandenburg a. S. dauert unverändert fort, und da die Brandenburger Köpfermeister immer noch auf Berlin rechnen und sich die größte Mühe geben, um von dort Arbeitswillige zu bekommen, ersuchen wir dringend die Berliner Kollegen, sich nicht durch falsche Verspiegelungen nach Brandenburg a. S. locken zu lassen. Die hiesigen Kollegen stehen fest und lassen sich nicht als Streikbrecher gebrauchen. Haltet den Zugang nach Brandenburg a. S. fern und der Sieg wird der unsere. Die Lohnkommission der Köpfer Brandenburgs.

Deutsches Reich.

Zum Ausstand der Steinwerke in Schlessen ist zu berichten, daß die Arbeit auf zwei kleineren Plätzen fortgesetzt wird, da die Forderungen von den Unternehmern bewilligt wurden. Es handelt sich um die Brücke der Firmen Meyring-Warshaw und Anders-Dunzlau. Die Abwanderung nimmt unter den Arbeitern der anderen Werke immer mehr zu. Die Haltung der Streikenden ist eine einmütige und siegesfähige. Uebertall hielt man sich darüber auf, daß der freisinnige Bunzlauer Magistrat den vielfachen Wünschen um Errichtung eines Gewerbegerichtes kein williges Ohr schenkte, ein solches Institut für Bunzlau vielmehr als ein Hindernis bezeichnete. Das Gewerbegericht hätte in diesem umfangreichen Streik, durch den 500 Familien berührt werden, als Einigungs-kammer fungieren können. Das Gewerkschaftskartell hat denn auch sein Bestreben bei den Behörden wieder in freundliche Erinnerung gebracht.

Gegen die Streikposten. Wir hatten vor einigen Wochen über die Mahdendemonstrationen der Bürger Tischlermeister berichtet. Diese hatten eine ganze Anzahl Tischlergesellen, die im Streik stehen und sich irgendwo in den Straßen sehen ließen, wegen „Belästigung“ der Arbeitswilligen demangiert; sie belagerten es auf diese Weise fertig, daß etwa 3 Duzend Streikposten verhandelt wurden. Gegen alle diese ist gerichtliche Entscheidung beantragt worden. Ueber ein groß Teil der Uebelthäter hat das Gericht bereits befunden, die Höhe der gesamten Strafbefehle ist vom Gericht bereits um 500 M. herabgesetzt worden. Am Dienstag wurde wieder gegen 6 Streikposten verhandelt; 5 von ihnen mußten freigesprochen, die Kosten der Staatskasse auferlegt werden. Die Richter haben mit ihrem Urtheil, der die Leerung der Streikliste herbeiführen sollte, wenig Glück. — Der Ausstand ist noch immer nicht beendet.

Der Maurerausstand in Halle a. S. dauert fort. Die vor dem Einigungsamt stattgehabten Verhandlungen haben zu keinem Resultat geführt.

Der Stand der Lohnbewegungen im Wuppertal. Da die Bauunternehmer es ablehnten, auf der Grundlage der von den Arbeitern gestellten Forderungen vor dem Gewerbegericht in Einigungs-Verhandlungen einzutreten, legten am Montag die Maurer in Elberfeld die Arbeit nieder. Sie verlangen die Anerkennung des Lohnfundamentes bei einem Minimallohn von 45 Pf. pro Stunde. Gegen 600 Mann traten in den Streik, wovon ca. 200, meist Unverheiratete, abtriften, während etwas über 100 Mann zu den alten Bedingungen, annähernd ebenso viel zu den neuen Bedingungen weiter arbeiteten. Natürlich bemüht sich die Unternehmerpresse, die Bewegung möglichst zu diskreditieren. — Der Polizeibericht vom Dienstag meldet von einem Einbruch in einer Wohnbude und dem Versuch einer Brandstiftung in derselben und bezeichnet als der That verdächtig vier Maurer, welche früher am dem Bau arbeiteten und jetzt streiken. Für diesen Verdacht fehlt bisher jeder Anhalt. Ebenso unwahrscheinlich klingt eine andere Meldung des Polizeiberichtes, wonach zwei „streikende“ Maurerhandlanger sich schwerer Ausschreitungen gegen einen Polizisten schuldig gemacht haben. Thatsächlich befinden sich Handlanger überhaupt nicht im Streik, so daß es sich um einen der gewöhnlichen Montagstraßentänze handelt. Von der Unternehmerpresse werden die Polizeinachrichten, genügend präpariert natürlich, in der gewöhnlichsten Weise gegen die Streikenden ausgenutzt.

Der Stand des Zimmererstreiks ist unverändert. — Der Färber-Ausstand naht dagegen seinem Ende, da wiederum eine Anzahl Firmen die Forderungen der Streikenden bewilligte, so daß die Zahl der ausständigen Färber sich auf ca. 100 reduziert. Mittlerweile sind die Weber und Weberinnen in Bewegung gekommen, so daß auch da ein Streik nicht ausgeschlossen erscheint.

Der Leipziger Formereistreik benutzt das „Leipz. Tagebl.“ und andere bürgerliche Blätter dazu, um scharf zu machen. Sie verbreiten die Legende, die streikenden Formere hätten sich in letzter Zeit große Ausschreitungen zu schulden kommen lassen. Nach den Ermittlungen des Streikkomitees handelt es sich um folgende zwei Fälle: Einmal hat ein Arbeitswilliger, der einem Streikenden noch Geld schuldet, diesen obendrein noch verhöhnt. Darauf hat der Streikende einige nicht sehr schmeichelhafte Worte gebraucht. Im zweiten Fall verhält es sich so: Ein Streikender geht langsam an einer Sieberei vorüber. Dabei wird aus der Fabrik heraus mit einem Wasserrohr auf ihn geschossen. Im selben Moment lassen sich einige Arbeitswillige sehen, und da hat auch dieser Kollege seiner Empörung durch einige harte Worte Luft gemacht. Das Streikkomitee nimmt Veranlassung, auch bei dieser Gelegenheit die Streikenden zu ermahnen, sich durch nichts provozieren zu lassen. — Ferner ersucht das Komitee, unter allen Umständen den Zugang von Formern nach Leipzig fernzuhalten.

Wegen Vergehen gegen das „Invel“ wurde vom Schöffengericht in Dresden der Malermeister Rudolf zu zwanzig Mark Geldstrafe verurteilt, weil er als Minderjähriger einer „politischen“ Versammlung der Bauarbeiter beigewohnt hat. Der Angeklagte und zwei Zeugen bestätigten zwar auf das bestimmteste, daß ersterer erst während des Referats den Saal betreten hat, die ergangene Aufforderung also nicht gehört haben konnte. Der überwachende Genosse wußte es aber besser; nach ihm ist R. vom Beginn der Versammlung dagesessen. Das Gericht glaubte dem Genossen mehr als den drei Arbeitern. Der Strafbefehl der Behörde hatte nur auf zehn Mark geklaut.

Der Streik der Stuttgarter Möbelerbeiter dürfte so bald noch nicht zu Ende gehen. Die Verhandlungen vor dem Bürgermeisteramt sind resultatlos verlaufen. Die Streikenden fordern, wie bekannt, die neunständige Arbeitszeit, die Unternehmer wollen diese wohl einführen, aber — erst vom 1. Oktober 1900 ab. Darauf konnten die Arbeiter nicht eingehen.

Streikrawalle sollen in Augsburg vorgekommen sein. Der offizielle Telegraph meldet darüber vom 19. Juli: „Von ausständigen Maurern wurden gestern in der Werth-Borstadt vor einem Fabrikamweien, in welchem italienische Maurer arbeiten, Aufschreitungen verübt. Die Ausständigen suchten, verstärkt durch hunderte von dort wohnenden Leuten in die Fabrik einzudringen, und als dies durch Anwendung von Wasserstrahlen und Feuerstrahlen vereitelt wurde, sandten sie einen Steinhaapel gegen die Fabrik. Die Polizei war machtlos und es mußte telephonisch Militär requiriert werden, welches jedoch nicht ernstlich eingreifen brauchte. Der Aufruhr dauerte bis gegen 12 Uhr nachts. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.“

Eine Privatdepesche macht uns von dem Auslauf Mitteilung, und stellt näheren Bericht in Aussicht. Bis dahin wollen wir uns jedes Kommentars enthalten.

Ausland.

Ueber den Streik der Brooklyner Straßenbahn-Angestellten, der am Montag zum Ausdruck gekommen ist, wird der „National-Zeitung“ in ausführlicher Weise aus New-York berichtet. Danach ist die Ursache des Streiks die Weigerung der Brooklyner Straßenbahn-Gesellschaft, einen festen zehnstündigen Arbeitstag mit dem Lohne von zwei Dollars per Tag und Motorführer resp. Kondukteur einzuführen, sowie einige kleinere Beschwerden der Angestellten abzustellen. Die betreffenden Unterhandlungen hatten schon lange gewährt und wenn auch die jetzt Ausständigen wiederholt mit Niederlegung der Arbeit gedroht hatten, so war doch niemand auf den pöblichen Ausbruch des Streiks entsprechend vorbereitet. Die Gesellschaft selbst zog alle möglichen Reservearmeen heran und ließ überall da, wo Leute aufzutreiben waren, dieselben sofort anwerben, konnte aber damit nur einen verhältnismäßig kleinen Teil ihrer Wagen in Betrieb setzen. Jeder derselben wurde von drei Polizisten besetzt, so daß im ganzen 2000 Schuppleute zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgeworben werden mußten. Aber da die großen Massen des Volkes in leidenschaftlicher Weise für die Streikenden Partei ergriffen, erwies sich selbst dieses starke Polizei-Aufgebot schon gegen Mittag als durchaus ungenügend zur Aufrechterhaltung des Verkehrs, geschweige denn zur Verhütung von Gewaltthatigkeiten. Die neuverworbenen Wagenführer wurden fast überall vom Publikum und von aufgeregten Volksmassen ausgepöbelt, insultiert, von den Wagen heruntergerissen, ja vielfach schwer mißhandelt. Die Polizei, welche infolge der großen Ausdehnung der Linien in kleinen Trupps verprengt war, konnte meist nur in wenigen Fällen intervenieren und da kam es wiederholt zu blutigen Zusammenstößen mit der Menge, wobei die Polizei vielfach den Kürzeren zog. In der 39. Straße wurde sogar eine Lokomotive quer über das Pflaster umgekippt und jeder Verkehr dadurch blockiert, d. h. den elektrischen Wagen die Möglichkeit genommen, die Fahrt fortzusetzen; wieder an anderer Stelle wurden die Schienen aufgerissen. Ein so zum Entgleisen gebrachter Straßenbahnzug fuhr mitten in eine Vegetationsprojektion hinein, zerstückte dabei den äußeren Sarg, so daß der innere, den Leichnam umhüllende Sarg auf das Pflaster stürzte, aufsprang und damit die Leiche bloßgelegt wurde, während eine Anzahl

Trauerer der verwundet wurden. Die Ausständigen unterhandeln gegenwärtig mit den Angestellten der Brooklyner Elevated Railway Company, um diese gleichfalls zum Eintreten in den Streik zu bewegen. Sollte ihnen das gelingen, so würde sich die Lage allerdings wesentlich zu ihren Gunsten ändern, denn die gesamte Bevölkerung New-Yorks müßte unter einem längeren Einstellen des Betriebes dieser beiden, den Hauptverkehrs zwischen New-York und Brooklyn vermittelnden Gesellschaften zweifellos leiden und es ist nicht ihre Gewohnheit, in solchem Falle Mißlichkeiten zu nehmen; sie würde in ihrer großen Mehrzahl einfach von den Gesellschaften fordern, daß diese, so gut sie könnten, sich mit ihren Angestellten abfinden, unter allen Umständen aber ihren Betrieb aufrecht erhielten. Aber dieser Ausstand scheint nur ein riesiges Wetterzeichen zu sein und wir nach mehrjähriger Ruhe wieder von einer neuen Ära großer Eisenbahn-Ausstände bedroht zu werden. Bereits haben die Arbeiter, Angestellten und Beamten, einschließlich der Telegraphen-Beamten der großen Boston-Main-Eisenbahn und New-Yorker-New-Haven und Hartford-Eisenbahnen mit Ausstand gedroht, falls ihren Forderungen nicht Rechnung getragen werde, und die Direktionen haben jedes Entgegenkommen rundweg abgelehnt. Es handelt sich in diesem Falle um 15 000 Angestellte. Diejenigen der Bostoner Linie haben bereits den Generalstreik votiert. Sollte derselbe ausbrechen, so würde dessen erste Folge die sein, daß die New-England-Staaten von dem Eisenbahnen der übrigen Union und Kanada vollständig abgeschnitten würden.

Soweit die Darstellungen nach der „National-Zeitung“, beruhen sie auf Wahrheit, so sind das gewiß „Ausschreitungen“, die sich sehen lassen können. Könnte die berühmte „Denkschrift“ des Herrn v. Posadowsky auch nur entfernt mit Rehnlichem aufwarten, welche Strafen würden wohl dann für die „Streikterroren“ erlassen worden sein?

Aus der Frauenbewegung.

Frauen im Eisenbahnbau. Bei dem Bau einer Eisenbahn in Kischin-Nowgorod (Rußland) hat man sich genötigt gesehen, zu den Erdarbeiten ausschließlich Frauen zu verwenden, weil die Männer es angeht, den schlechten Löhne vorzuziehen, die wegen zu verlassener Man demütigt den Umständen natürlich dazu, einen hübschen Profit zu machen, indem man den weiblichen Arbeitern genau die Hälfte von dem zahlt, was man den männlichen geboten hat!

Eine Druckerei mit nur weiblichen Sehern soll in Petersburg ins Leben gerufen werden, und zwar nicht im Interesse der Frauenbewegung, sondern in dem des — Geldsack. Der Besitzer rechnet nämlich darauf, bei niedrigeren Löhnen fleißigere Arbeiter zu bekommen, als es bisher die männlichen waren.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. M., 19. Juli. (W. S.) Aus guter Darmstädter Quelle vernimmt die „Frankf. Ztg.“, daß gegen den Landgerichtsdirektor in Pension Kückler nimmere wegen Vergehens gegen den § 211 der Konkursordnung ein Strafverfahren eingeleitet worden ist.

Wilhelmshaven, 19. Juli. (Privattelegramm.) Durch Blasen eines Dampfrohres auf Torpedoboot S 42 erlitten am Dienstag vier Mann Brandwunden. Letzte Nacht kollidierten S 57 und S 59 auf hoher See. Havarie beträchtlich, bei einem Boot der Steven umgebogen, dem anderen die Vorderseite bis zur Rauchkammer eingedrückt.

Wien, 19. Juli. (W. S.) Da die Ohrenkrankheiten bei den Mannschaften zunehmen, verbot der Kommandeur des VI. Armeekorps das Schlagen an die Ohren.

Paris, 19. Juli. (W. S.) Die Wagnardigung Artons, der im Gefängnis schwer erkrankt ist, steht unmittelbar bevor.

Paris, 19. Juli. (W. S.) Labori ist mit seiner Familie nach Rennes abgereist, wo er bis nach Beendigung des Prozesses bleiben wird. Diese Umsiedelung von Dreynus' Anwalt wird dahin ausgelegt, daß der Prozeß länger dauern wird, als bisher angenommen wurde. — Gola wird sich in den nächsten Tagen ebenfalls nach Rennes begeben, um dem Prozeß gegen Dreynus beizuwohnen.

London, 19. Juli. (W. S.) Der Beschluß des heutigen Ministerrates, nach welchem der englische Vertreter in Kapstadt, Milner, von der Transvaalregierung die Gewährung der Nationalität noch fünfjährigem Aufenthalt fordern soll gegenüber dem anderen bekannt gewordenen Beschluß des Vollrates in Pretoria, welcher die Dauer des Aufenthalts auf sieben Jahre festgesetzt hat, hat hier große Erregung hervorgerufen.

In politischen Kreisen sieht man nicht, auf welche Art der Konflikt umgangen werden kann, denn obgleich Chamberlain die alleinige Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in dieser Frage entzogen worden ist, ist man doch der Meinung, daß Chamberlain den Krieg mit Transvaal unter allen Umständen herbeiführen will. Aus Transvaal und Kapstadt kommende Berichte lassen ersehen, daß von Seiten der Boeren ein Nachgeben nicht zu erwarten ist, besonders seitdem dieselben wissen, daß die gesamte Afrikaerpartei Sudafricas sie gegen England zu unterstützen bereit ist.

London, 19. Juli. (W. S.) Das Unterhaus nahm die zweite Lesung der Vorlage an, durch welche 3 100 000 Pfund Sterl. für Bauten der Marine-Verwaltung als Ergänzung zu dem Flottenbaugesetz vom Jahre 1895 bewilligt werden. Der Civil-Lord der Admiralität Austin Chamberlain teilte mit, daß die Ausgabe sich auf zwei Jahre verteilen werde.

Rom, 19. Juli. (W. S.) Das Erdbeben hat in der Bevölkerung große Erregung hervorgerufen. Bisher ist nur die Beschädigung eines im Bau befindlichen Hauses vor der Porta triumphalis bekannt geworden. Die Gefangenen im Gefängnis Regina ocell wurden durch das Erdbeben in Schrecken gesetzt und meuterten, wurden jedoch bald wieder zur Ruhe gebracht. Aus der Provinz wird gemeldet, daß in Rocca di Papa sehr heftige Erschütterungen stattfanden und mehrere Häuser beschädigt wurden; Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen. In Castel Gandolfo stürzte ein Teil der Kirche ein. In Marino trat das Erdbeben sehr stark auf, in Fiumicino war es unbedeutend.

In Frascati wurden zwei sehr starke Erdstöße verspürt. Fast alle Häuser und öffentlichen Gebäude sind stark beschädigt. Ministerpräsident Pelloni ist sofort nach Frascati abgereist. — Auch in Montecompatri wurden Kirche und Häuser durch das Erdbeben stark beschädigt. Die Bevölkerung wurde sehr erschreckt, doch ist von Menschenverlust bisher nichts bekannt geworden. Das Erdbeben wurde von den Seismographen in Vichia und Portici registriert.

New-York, 19. Juli. (W. S.) Ein Versuch, den Damm der Hochbahn mit Dynamit zu sprengen, fand zwischen der 35. und 36. Straße in Brooklyn statt. Jedem Fuß des einen und zwölf Fuß eines anderen Pfeilers wurden zerstört und die benachbarten Häuser erschüttert. Kurz vor dem Attentat hatte ein Passagierzug aus Coney Island die Linie passiert. Die Polizei begab sich sofort nach dem Hauptverammlungsort der Tramway-Bediensteten und verhaftete dort 22 Streikführer. Auf der zweiten Avenue-Umte der Metropolitan-Company in New-York ist der Ausstand ausgebrochen; etwa die Hälfte der Angestellten hat die Arbeit niedergelegt. Auch auf der sechsten Avenue-Umte, auf der Madison-Avenue und der achten Avenue sollen Streiks angeordnet sein. Um 10^{1/2} Uhr war der durch die Dynamit-Explosion angerichtete Schaden soweit ausgebeffert, daß der Verkehr wieder aufgenommen werden konnte.

Washington, 19. Juli. (W. S.) Der Staatssekretär des Krieges, Alger, hat seine Demission eingereicht.

Die unwahren Scharfmacher.

Unter dem Titel: „Die wahren Scharfmacher“ bringt die letzte Nummer der „Arbeiterbewegung“ einen Artikel, der sich gegen die socialdemokratischen „Heher“ und „Unruhstifter“, welche die „wahren Scharfmacher“ seien, wendet.

Die Arbeiterbewegung erscheint erst seit Herbst vorigen Jahres und berichtete in den ersten Monaten über die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung, die Lohnkämpfe u. einigermassen objektiv; das Blatt wollte die Arbeitgeber, wie es in seiner Abonnementseinladung sagte, über die Arbeiterbewegung nur aufklären. Hat sich nun diese objektive Aufklärungsarbeit nicht rentiert, wollten die Unternehmer davon nichts wissen, kurz, das Blatt meldete bald, daß es „Officielles Organ der Arbeitgeber-Verbände Berlins“ geworden sei. Nachdem ist das bisherige Objektivität natürlich vollständig zum Teufel gegangen, das Blatt ist in die Schweinburgischen Bahnen eingelenkt, ob auch für 12000 M., ob etwas billiger, entzieht sich unserer Kenntnis, jedenfalls findet sich die Redaktion in ihrer neuen Rolle recht gut zurecht. Wie glücklich sie das Schimpfen auf die Socialdemokraten dem Schweinburg abgequodet hat, davon hier nur einige Proben aus dem oben bezeichneten Artikel.

Nachdem der „nüchternen, fleißigen und geschickten Elemente“ in der deutschen Arbeiterklasse gedacht worden ist, deren gute Eigenschaften angeblich schon „bei verschiedenen Gelegenheiten, sowohl an offiziellen Orten als auch von den höchsten Stellen im Staate Anerkennung“ gefunden haben, heißt es dann, daß nach der Meinung der Führer der Socialdemokratie diese „Anerkennung“ dem Kampfe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Scharfe rauben könnte.

„Darum erscheint es erklärlich, daß die Führerschaft, die beständig mißtrauischen Blickes darüber wacht, daß nicht die kleinsten Annäherungspunkte zwischen beiden entstehen, auch hier den auseinander-treibenden Keil einsetzt, indem sie neuerdings die verblendete, in gewissen Dingen nur allzu urteilschwache Masse systematisch zur Ueberhebung dem anderen Teil gegenüber zu erziehen sucht.“ Mit dieser Methode tritt ein neuer Parteitrick in Erscheinung, der nur darauf berechnet ist, die socialdemokratische Gefolgschaft einmal auf andere, als die gewöhnliche Art gegen die Arbeitgeber aufzuheben oder „scharf zu machen“ — um dieses von der socialdemokratischen Presse in der letzten Zeit rein zu Lode gehetzte Schlagwort einmal im richtigen Sinne zu gebrauchen. In den „Genossen“ soll das Gefühl für Recht und Unrecht, das durch jahrelange ihnen gemachte falsche Vorspiegelungen und beständig entstellte vorgetragene Tatsachen systematisch eingeschliffert war, mittels dieses neuen Kniffs gänzlich erstickt, alles Schlimme, was gegen die Arbeitgeber, diese vermeintlichen Usurpatoren der Rechte anderer, vorgebracht und gethan werden kann, mit dem Schein der Gerechtigkeit umgeben und Ruhe und Frieden entgültig zur Unmöglichkeit gemacht werden. „Auf andere Weise kann sich nämlich die Führerschaft, um sich nicht gänzlich am Ende ihres Lateins zu finden, nicht mehr helfen, als daß sie beständig durch neuen Jüdzstoff den wirtschaftlichen Brand schürt; sie muß, um die Armut ihrer praktischen Mittel zu verhüllen, immer neuen Agitationsstoff hervorjuchen, den sie leider meistens durch die Fehler ihrer Segner gewinnt, der aber natürlich immer knapper wird und daher immer mehr an den Haaren herbeigezogen werden muß.“

So geht es weiter, beiläufig wird auch die „Anerkennung der nüchternen Elemente“ wieder beträchtlich eingeschränkt, und schließlich wird ein Ausfall gegen die Central-Kommission der Krankenkassen Berlins unternommen. Wir unterbreiteten den mit größten Beleidigungen gespickten Artikel den Angegriffenen, und aus ihren Kreisen geht uns nun nachstehende Zuschrift zu:

„Den Anlaß zu diesem Ausfall giebt eine Angelegenheit, welche von der Central-Kommission bereits in zwei Volksversammlungen dem Urtheil der Berliner Arbeitererschaft unterbreitet wurde. Ueber eine dieser Versammlungen hat ja auch der „Vorwärts“ am 7. Juli einen Bericht gebracht, welcher alles Wesentliche enthielt. Es sei hier kurz wiederholt, daß die Arbeitnehmer im Vorstände der Neuen Maschinenbau-Kasse den Antrag stellten, den Arbeitgebern dieser Fabrikklasse die Proschüre der Central-Kommission „Zur Schwindmuths-bekämpfung“ zur Verbreitung in ihren Betrieben zu empfehlen. Dieser Antrag erhielt auch die Zustimmung der Arbeitgeber im Vorstände und es wurde bei der Central-Kommission ein größerer Kosten dieser Proschüren bestellt. Inzwischen war die erste Auflage vergriffen, und die neuhergestellte zweite Auflage wurde in erweiterter Form herausgegeben, indem unter anderem, mehrfach geäußerten Wünschen entsprechend, ein hygienischer Anhang, betitelt „Zur Verhütung der Schwindmuth“ hinzugefügt wurde. In diesem, fünf Seiten umfassenden Anhang enthalte nun das was man Auge des „Verbandes Berliner Metallindustrieller“ neu in Feilen — eigentlich sind es sogar nur sechs —, die geeignet erschienen, das Interesse der Unternehmer zu schädigen. War doch in diesen Feilen auf die Schädlichkeit der Accordarbeit, der Ueberstunden und auf die gesundheitsliche Bedeutung des Achtstundentages hingewiesen. Das genügte für die „Rühmänner“, um wegen dieser neun bzw. sechs Feilen die ganze Proschüre von 40 Seiten auf das Verzeichnis der nicht empfehlenswerten Schriften zu setzen und hieron auch dem Vorstehenden der Neuen Maschinenbau-Kasse, Herrn Franz Lüben Mitteilung zu machen. Unter dem mehr oder minder lauten Prude des Verbandes sah auch Herr Lüben ein, daß er von den „jederzeit politischen Arbeitnehmern“ „schönbe hintergangen“ sei, und daß die den Lesern des „Vorwärts“ bekannten Schritte.

Die „Arbeiterbewegung“ verschärft nun den Vorwurf, der in der angeführten Rede von Herrn Lüben liegt, noch in der Form und hebt ihn zugleich auch auf die Central-Kommission aus, indem sie von einer „gefälschten Proschüre“, einem „Werk, welches erst durch großen Vertrauensbruch und nachgewiesene Fälschung vervollständigt werden konnte“, usw. spricht. Das eben macht eine Erwiderung nötig, deren materieller Inhalt allerdings mit der obensichenden kurzen Darstellung des Sachverhalts im vorliegenden schon gegeben ist.

Es gehört wirklich ein selbst bei den kapitalistischen Soldschreibern seltenes Maß von Unverschämtheit dazu, um Ausdrücke, wie die eben angeführten, unter solchen Umständen anzuwenden. Ausdrücklich ist auf dem Titelblatt der Proschüre vermerkt: 2. Auflage; ausdrücklich wird im „Vorwort zur 2. Auflage“ auf den hygienischen Anhang hingewiesen; der Umfang der Proschüre ist um 9 Seiten vermehrt — und trotz alledem hat der „Schmod“ der Rühmänner die Stirn von einer „gefälschten Proschüre“ usw. zu reden!

Aber damit allein begnügt sich Schmod noch nicht! Nachdem er einen so glänzenden Beweis seiner inbrünstigen Liebe und Wahrheit geliefert, sieht er sich veranlaßt, dem Referenten der ersten Versammlung vorzuwerfen, daß er „das Verhalten der Unternehmer in

dieser Angelegenheit in der wahrheitswidrigsten Weise kritisiert“ habe. Zu diesem Vorwurf glaubt der Verfasser berechtigt zu sein, obwohl er offenbar in der Versammlung gar nicht anwesend war. Wird diese Annahme schon durch Form und Inhalt des Aufsatzes wahrscheinlich, so kann sie als sicher deshalb gelten, weil die vorgeschlagene Resolution einstimmige Annahme fand. Und der Artikelschreiber der „Arbeiterbewegung“ hätte es sich, wenn er anwesend gewesen wäre, doch wohl sicher nicht nehmen lassen, gegen die „mit wahrheitswidrigen Gründen belegte Aufforderung“, welche er in der Resolution findet, energisch zu protestieren. Es ist ein weiteres charakteristisches Zeichen dafür, mit welcher Leichtfertigkeit der Herr ehrverleugende Vorwärtler gegen socialpolitische Gegner schleudert. Sollten derartige „Brillanten“ etwa ein erhöhtes Zeilenhonorar bringen?

Zum Schluß erhebt der Artikelschreiber gegen die Central-Kommission den Vorwurf, daß sie „nur die Förderung ihrer eigenen selbstsüchtigen Ziele im Auge habe“. Nun, das ist ja der alte Kniff, aller Leute, welche von den Kapitalisten dafür bezahlt werden, daß sie die Arbeiterbewegung bekämpfen. Es lohnt also nicht weiter, hierauf einzugehen.

Soweit die Zuschrift. Die ganz perfiden Unterstellungen der „objektiven“ Redaktion sind damit gründlich widerlegt. Daß das in Dienste des Unternehmertums stehende Blatt von obigem Notiz nimmt, ist allerdings kaum anzunehmen. Wollen doch die Unternehmer für ihr koscheres Geld nicht Wahrheit über die Arbeiterbewegung, sondern der Bezahlte muß schimpfen können, verdächtigen und entstellen. Das ist seine Aufgabe. Die wahren Scharfmacher kann man diese Leute allerdings nicht nennen — dazu sind sie zu unwahr. —

Lokales.

Spionage und Terrorismus bei der Berliner Straßenbahn. Vor kurzen hatte der Centralverband der Handels- und Verkehrsarbeiter für das Fahrpersonal des Bahnhofes Trammensstraße der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft eine Versammlung einberufen, die aber aus irgend einem Grunde wieder abgesetzt wurde. Der Hofverwalter Spohn, dem wohl die Einberufung, aber nicht die Abgabe der Versammlung bekannt war, patrouillierte an dem betreffenden Abend vor dem Versammlungsort. Für dieses Vergehen des Hofverwalters war kein anderer Grund ersichtlich, als der, daß er beobachtet wollte, wer die Versammlung besuchen würde. In dem Lokal war ein Wagenwächser anwesend, von dem man, nach seinem Verhalten gegenüber seinen Kollegen zu urteilen, nicht annehmen konnte, daß er den Erörterungen, die in der Versammlung gepflogen werden sollten, ein Interesse entgegenbringen werde. Deshalb dieser Mann im Lokal anwesend war, erhielt daraus, daß er von Zeit zu Zeit hinausging, um mit dem auf der Straße patrouillierenden Hofverwalter angelegentlich zu konferieren. Inzwischen erschienen auch einige Angestellte der Straßenbahn, die ebenfalls nicht von der Abgabe der Versammlung erfahren hatten. Unter diesen befand sich der Wagenführer P., dem die Anwesenheit und das Verhalten des Wagenwächers verdächtig vorkam. Er stellte denselben deshalb zur Rede, und sagte ihm, daß er nur als Spion hergeschickt worden sei. Der Wagenwächser teilte dies dem Hofverwalter mit und P., der seit 14 Jahren im Dienst der Straßenbahn-Gesellschaft stand, wurde bald nachher entlassen. So werden die Angestellten der Straßenbahn beispielhaft und durch den Terrorismus von seiten ihrer Vorgesetzten an der Ausübung des Koalitionsrechtes gehindert. Und das alles ohne Justizangeseh. Aber trotz alledem sind gute Ansätze einer Organisation der Straßenbahn-Angestellten vorhanden, und daß die Koalition des Fahrpersonals weiter fortschreiten wird, dafür sorgt die Straßenbahn-Gesellschaft selber, indem sie einem großen Teil ihrer Angestellten nicht einmal so viele freie Tage gewährt, als ihnen vertragsmäßig zustehen. So haben die Wagenführer, die auf vier freie Tage im Monat Anspruch haben, zum allergrößten Teil schon seit einiger Zeit nur zwei freie Tage bekommen, während zahlreiche Wagenführer sich sogar mit nur einem freien Tage im Monat begnügen mußten. Diese Leute werden zwar damit vertriebt, daß ihnen der rüchthändige Feiertag noch nachträglich gewährt werden soll, sobald die Verkehrsverhältnisse dies gestatten. Die Betroffenen glauben aber nicht an die Erfüllung dieser Zusage, da nicht anzunehmen ist, daß sich der Verkehr verringert, und da die Wagenführer stattdessen knapp sind. Unter diesen Umständen kommt es denn auch nicht selten vor, daß die für die Wagenführer polizeilich festgesetzte tägliche Arbeitszeit von 10 Stunden des Sonntags erheblich überschritten wird. Ein 12-14stündiger Sonntagdienst der Wagenführer soll auf den verkehrreichen Strecken die Regel bilden.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch auf einen anderen Mißstand im Betriebe der elektrischen Straßenbahn hinweisen. Die Personen, welche sich um die Stelle eines Wagenführers bewerben, müssen eine Lehrzeit von vier Wochen ohne jede Entschädigung durchmachen. Natürlich ist jemand, der als Wagenführer sein Brot verdienen will, nicht in der Lage, vier Wochen lang ohne Verdienst zu existieren. Daher suchen es die Betroffenen so einzurichten, daß sie ihre bisherige Stelle nicht sofort aufgeben, sondern sich täglich 1-2 Stunden Urlaub nehmen, um während dieser Zeit sich bei der Straßenbahn anlernen zu lassen. Es leuchtet ein, daß eine derartige Lehrzeit für die Ausbildung in dem verantwortungsvollen Beruf eines Führers der elektrischen Straßenbahn nicht ausreichend ist, und so erklärt es sich, wenn Fälle vorkommen, wie neulich, wo ein erst seit kurzem angelernter Wagenführer vom Gericht bestraft werden mußte, weil er durch sein Ungeschick in kurzer Zeit mehrere Zusammenstöße verursachte. Wenn die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft sich nicht nachgeben lassen will, daß sie derartige Unfälle mit verschuldet, dann wird sie ihre gründliche Ausbildung der anzulehrenden Wagenführer sorgen müssen, was wohl ohne Bezahlung während der Lehrzeit nicht geschehen kann.

Sonderbar ist auch die Stellung der zuständigen Behörden zu diesem vom Publikum längst bemerkten Mangelstand. Während für das Druckergewerbe eine peinliche Prüfung auf die Geschäftsfähigkeit und Zuverlässigkeit des Kandidaten eintritt, ehe er den Fahrchein erhält, scheint es fast, als ob man den Betrieb der Straßenbahn nicht für so verantwortungsvoll und gefährlich hält, um hier mit der gleichen Strenge zu verfahren. Das wäre aber eine sehr trügerische Auffassung, denn die fortgesetzten Unfälle deuten auf ungenügend ausgebildetes Personal, und bekannt ist, in welcher Weise von der „humanen“ Gesellschaft Angestellte und das Publikum behandelt werden. — Die Polizei weiß doch sonst alles?

„Lokal-Anzeiger“-Wommen. Freiherr v. Mirbach, der bisher nur als Kirchengeldhammer und Palastine-Medner einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden ist, zeigt, wie vielseitig man am Hofe zur Zeit sein muß. Der „Scherl“-Anzeiger kann heute in freudiger Erregung mitteilen, daß er von Freiherrn v. Mirbach höchstselbst im Sonder-, Special- und Eigentelegramm erhalten habe. Der Inhalt der Meldung des neuen Korrespondenten paßt nun freilich nicht zu dem journalistischen Wommesitz der Wagnabenden, denn die Nachricht besagte, daß die Kaiserin in Verchtesgaden den Fuß verstaucht hat.

Berliner Meuten-Aushebung. Von den 4581 im Jahre 1898 in Berlin Ausgehobenen sind dem Heere zum Dienst mit der Waffe 4372 (in den vier Vorjahren rückwärts 4002, 5311, 6993, 4870), zum Dienst ohne Waffe 124, der Marine 35 zugewiesen worden. Außerdem sind vor Beginn des militärpflichtigen Alters 529 in das

Heer, 50 in die Marine freiwillig eingetreten. — Wegen unerlaubter Auswanderung wurden 216 verurteilt, 213 befanden sich noch in Untersuchung. — Von insgesamt 15 882 endgültig abgefertigten Stellungspflichtigen sind 5429 oder 34,18 Proz. für tauglich befunden worden (in den Vorjahren rückwärts 36,55, 39,28, 45,39, 33,56, 30,24 Proz.). Für das Deutsche Reich sind die entsprechenden Anteile in den Jahren 1895 bis 1891 rückwärts 54,50, 56,21, 56,45, 46,88, 46,78 Proz.

Verkehrsstatistik. Die Zahl der im Jahre 1898 auf den Berliner Stadt- und Ringbahn-Stationen zur Ausgabe gelangten Fahrkarten im Stadt-, Stadtring-, Vorort- und Fernverkehr betrug 76 314 780. Davon wurden 50 993 311 auf den Stadtbahn-Stationen und 25 321 469 auf den Stationen der Ringbahn ausgegeben.

Die Aktiengesellschaft Siemens u. Halske hat dem Magistrat den Entwurf für die Bahnhofsanlage der elektrischen Hochbahn auf dem in der Mitte des Schlesischen Thorplatzes gelegenen Schmutzplatz zur Genehmigung vorgelegt.

Die Expedition, Speicherei- und Kellerei-Vereinsgenossenschaft hat von dem ihr gemäß § 82 des Unfall-Versicherungsgesetzes zuzurechnenden Rechte Gebrauch gemacht und in der Person des Herrn G. Ritter für den Bezirk ihrer Sektion III einen Beauftragten angestellt. Den Beauftragten der Vereinsgenossenschaft steht in Ausübung ihrer Pflichten Benntenqualität zu. Ihre Thätigkeit besteht hauptsächlich in Ueberwachung der von den Vereinsgenossenschaften erlassenen Vorschriften zur Verhütung von Unfällen, sowie in der Prüfung der von den Vereinsgenossen zu führenden Lohnbücher. Zu diesem Zwecke sind die Betriebsunternehmer verpflichtet, den Beauftragten auf Erfordern Zutritt zu ihren Betriebsstätten während der Betriebszeit zu gestatten, und die bezeichneten Bücher und Listen an Ort und Stelle vorzulegen. Im Weigerungsfalle können dieselben mit Ordnungsgeld bis zur Höhe von 300 M. belegt werden. Der Beauftragte ist durch Eid zur Verschwiegenheit über die zu seiner Kenntnis gelangenden Betriebsbedingungen und Betriebsweisen, soweit und so lange dieselben Betriebsgeheimnisse sind, besonders verpflichtet.

Das Terrain der „Schmalen Gasse“, welche sich bis vor kurzem zwischen der Neuen Friedrichstraße und der Heideruntergasse hinzog, wird jetzt bebaut. Damit ist wiederum eine der alten Berliner Gassen verschwunden, nachdem erst vor einiger Zeit eine andere, die Nikolai-Girdegasse, ebenfalls der Bebauung zum Opfer fallen mußte. Indessen ist die Zahl der „Gassen“ in Berlin, trotzdem sehr viele in den letzten beiden Jahrzehnten schon in „Straßen“ umgetauft worden sind, noch größer, als man anzunehmen geneigt ist. Denn es giebt in Berlin noch jetzt noch 16 Gassen, deren Namen voraussichtlich auch wohl noch lange erhalten bleiben dürften. Es sind dies die Giergasse, Falkenbergergasse, Hedwigsgasse, Heideruntergasse, Heiligegeistgasse, Kalandsgasse, Lindengasse, Neue Gasse, Rennmannsgasse, Ohmgasse, Rittergasse, Seidenberggasse, Schornsteinfegergasse, Splittberggasse, Ueberjährgasse und Wassertgasse.

Die erste diesjährige Blüte, welche die Victoria regia gestert hervorbrachte, hatte sehr zahlreiche Besucher nach dem Botanischen Garten hinausgelockt. Gegen 6 Uhr abends begann sich die Ansope zu entfalten und bald prangte die weiße Blüte in ihrer vollen Pracht. Im Laufe des folgenden Tages farbte sie sich allmählich rot und war am Abend bereits verwelkt. Doch werden im Laufe der nächsten Zeit noch mehrere Ansoopen entflohen, so daß man noch öfter Gelegenheit haben wird, die herrliche Blüte zu beobachten.

Die Gewitter, welche in den drei Tagen, Sonntag, Montag und Dienstag in der Umgebung Berlins niedergingen, haben weit größeren Witz- und Wasserschaden verursacht, als es nach dem erst eingetrossenen Meldungen den Anschein hatte. Auf dem Neubau der Berliner Handelsbank in der französischen Straße streifte der Witz das Gerüst und schänderte den Arbeiter Kloy in die Tiefe. Zum Glück fiel er auf das bei den Ausschachtungen hingeworfene weiße Gerüst und zog sich so nur eine Verrenkung des Armes zu. In Birkenwerder schlug der Witz zweimal in die Fahnenstangen des Vörmerschen Restaurants, während sich viele hundert Personen in dem dicht dabei belegenen Tanzsaal befanden, in dem sie vor dem Unwetter Schutz suchten. Durch den Hagel, dessen Körner ein Gewicht bis zu 150 Gramm erreichten, wurden zahlreiche Fensterscheiben zertrümmert, das Getreide auf den Feldern wurde fast völlig vernichtet. Bei Stolpe lagen die Hagelkörner fast 10 Centimeter hoch auf dem Boden. Es dauerte stundenlang, ehe die letzten Spuren von dem Eise verschwanden. In Bernau wurde die bekannte 800jährige Eiche am Wall durch einen Blitzstrahl völlig zerstört. Die Zimmer des Miesendamm, von dem kaum die Hälfte stehen geblieben ist, wurden über 100 Meter weit fortgeschleudert. Ein zweiter Blitzstrahl traf das Bauersche Haus, das ziemlich stark beschädigt wurde. Durch den gewaltigen Regen wurden die Straßen vielfach unter Wasser gesetzt und die Keller überflutet. Durch die enormen Wassermassen schwellen die Fluten der Spree erheblich an. Der Wasserstand stieg in Berlin um nahezu zwei Fuß. In der ganzen Gegend der Vororte an der Stettiner Bahn wurden besonders die Kartoffelfelder beschädigt. Stark mitgenommen wurde der neu aufgeworfene Bahndamm der Schlesischen Vorortsbahn. Auf der Strecke von Stralau-Kummelsburg bis Köpenick hat der Regen große Rinnen gezogen und bedeutende Sandmassen herausgerissen. Auch Grünau, Adlershof, Glinitze wurden von den Gewittern arg heimgesucht. In diesen Gegenden fanden nämlich Wolkendrücke statt und das Wasser steht noch heute stellenweise auf den Feldern und im Walde kuckhoch. Ebenowegen blieben Friedrichsfelde, Mahlsdorf, Rudow usw. verschont. In Wilmersdorf stander Dienstagvormittag die meisten Straßenzüge unter Wasser. Das Getreide bei Schmörgendorf, welches in diesem Jahre eine besonders gute Ernte versprach, wurde fast völlig niedergelagt. Am Nachmittag wurden Wannsee und Hefendorf von den Gewittern getroffen. In Hefendorf war der Zugang zu dem Bahnhof wegen Wasserüberflutung zeitweise gesperrt. Ueber 200 Fernsprechanlagen, die mit den neuen Blitzschutzvorrichtungen noch nicht versehen sind, wurden in Berlin und Umgegend zerstört. Bei anderen Apparaten hat sich die angebrachte Schutzvorrichtung, bestehend aus zwei luftleeren Glasröhren, durch die der Blitz geleitet wird, vorzüglich bewährt. Dienstag waren die Fernsprechanlagen fast den ganzen Tag wegen Gewitterneigung gesperrt.

Von Stufe zu Stufe ist eine Tänzerin gesunken, die sich am Dienstagnachmittag im Polizeigewahrsam am Alexanderplatz zu versorgen versuchte und einem Krankenhause überwiesen werden mußte. Hedwig Heimfahrt, ein hübsches Mädchen, war von jeher der Lieb-ling ihrer Mutter, die Schönholzerstr. 5 wohnt, und sich durch Wascheaschen, Kartoffelschalen usw. ernährt. Den Vater verlor das junge Mädchen schon früh. Die mütterliche Rücksicht gegen Hedwig sollte bald böse Früchte tragen. Schon als Kind blieb sie der Schule fern und trieb sich umher. Dieselbe Abneigung zeigte sie später gegen jede Arbeit. Zu dem Lebensunterhalt, den die Mutter gewährte, suchte es durch Zausausführungen auf Höfen sein Taschengeld zu erwerben. Dabei bildete es sich so weit aus, daß es schließlich im Kristallpalast als Tänzerin unterkommen fand. Bald hatte die junge „Künstlerin“ auch einen Liebhaber. Auch bezüglich des Wein und Desin verstand das vernachlässigte Mädchen keinen Unterschied und geriet auf eine immer schiefere Bahn. Schließlich wurde es behördlich in der Frobenstraße untergebracht, war aber von dort entwichen und wurde nun wieder aufgegriffen. In der Sonderzelle, wo man die P. untergebracht, trank sie eine Sublimatlösung, die sie auf unheimliche Weise verschafft hatte.

Aus Diebstählen rührten wahrscheinlich drei Uhren her, welche sich im Besitz eines festgenommenen, wiederholt vorbestraften Mannes befunden haben. Alle drei sind Remontoiruhren, zwei von

Silber und mit Goldrand, die dritte aufscheinend unecht und ohne Goldrand. Von den silbernen trägt die eine die Nummer 91 666, die andere hinten auf dem Deckel das Monogramm C. S. und darunter 28. 8. 96, die dritte die Nummer 20 989. Melanoscenten wolle sich baldigst eines Wochentags zwischen 9 und 12 Uhr vormittags im Polizeidienstgebäude am Alexanderplatz, Zimmer 37, parterre, melden. Ebenfalls ist noch ein Glasfaß, wie sie in Schanklokalen zur Aufbewahrung von zum Verkaufe ausliegenden Cigaretten benutzt werden, und der aufscheinend ebenfalls aus einem Diebstahl herzuführen scheint, zu beschlagnahmen.

Zwei Leichenflederer sind in der Nacht im Tiergarten überfallen und der Polizei übergeben worden. Früh gegen 1/2 Uhr befand sich ein Charlottenburger auf dem Wege von der Arbeitsstelle in Berlin nach seiner Wohnung in der Spreestraße in Charlottenburg. Von der Mähdigkeit übermannen setzte er sich in der Nähe des Bahnhofs Tiergarten auf eine Bank und schlief ein. Von vorbeigehenden Arbeitern geweckt, bemerkte er bald, daß sich am oberen Teil seiner Bekleidung eine große Öffnung befand. Das Tuch war durchschnitten und der untere Teil der Tasche ganz abgetrennt. Sein Geld, etwas über 8 M., ein Taschennmesser und ein Knopf mit einem Smaragdstein war verschwunden. Der Bestohlene beschloß, die Diebe zu verfolgen. Nach einigen Gängen durch die Wege des Tiergartens bemerkte er zwei Männer, die in verdächtiger Weise die Bänke nach Schläfern absuchten. Er trat auf einen anderen Mann, mit dem er sich verabredete, die Diebe in eine Falle zu locken. Der Fremde setzte sich auf eine Bank und stellte sich schlafend, während der Bestohlene in der Nähe sich verborgen hielt. Nach wenigen Minuten waren auch schon die Leichenflederer zur Stelle und untersuchten, ob ihr neues Opfer auch fest schlief. Wählich sprang der Bestohlene aus dem Gebüsch. Auch der Fremde auf der Bank sprang auf und beide wollten die Diebe halten. Diese widerstrebten sich und es kam zu einem heftigen Kampfe, bei dem der Bestohlene eine erhebliche Verletzung der Hand davontrug. Aber auch die Diebe hatten so gründlich Prügel bekommen, daß sie laumpfuhig waren und der Polizei übergeben werden konnten. Auf dem fünften Charlottenburger Polizeirevierbureau, Knefbeckstr. 11, wurden die beiden Leichenflederer als der Schuhmacher Johann Meyer und der stellaslose Kaufmann Albert Boshoff ermittelt.

Ein Sittlichkeitsverbrechen. Das Polizeipräsidium teilt mit: Am Dienstagabend, etwa um 1/4 Uhr, ist auf der Bordterrasse des Hauses Holzmarktstraße 65 an einem achtjährigen Mädchen ein Sittlichkeitsverbrechen verübt worden. Das Kind beschrieb den Täter als einen großen hageren, etwa 50 Jahre alten Mann mit grauem Haar, der mit einem schwarzen, aufscheinend noch guten Anzuge und einem weichen Hute von gleicher Farbe bekleidet gewesen sei und einen Spazierstock bei sich geführt habe. Personen, die den oben Beschriebenen gesehen haben, wollen sich bei der Revier- oder der Kriminalpolizei melden.

Aus den Nachbarorten.

Die Mitglieder des Wahlvereins für Teltow-Beeskow-Charlottenburg machen wir auf die Versammlung des Vereins, die am Donnerstag, den 20. Juli, 9 Uhr abends, in der Gambrius-Brauerei stattfindet, aufmerksam. In der Versammlung kommt die Vorfrage über die Statistik der letzten drei Reichstagswahlen zur Verteilung. Der Vorstand.

Wilmerdorf. Die Versammlung des Socialdemokratischen Vereins, welche heute stattfinden sollte, fällt aus und findet heute über 8 Tage in Lehmanns Seefischhaken, Kaiser-Allee, statt. Der Vorstand.

Weissenfee. Der Molkereibesitzer Mertens war seiner Zeit wegen Verleumdung des Gemeindevorstandes Hähner vom Gerichte freigesprochen worden. Der Vorfall erregte nicht geringes Aufsehen und H. versuchte gegen dieses Urteil in der Berufungsinstanz anzukämpfen. Jedoch in richtiger Erkenntnis der Sachlage und um nicht noch einmal vor Gericht seine „voriglichen“ Beamteneigenschaften feststellen zu lassen, hat dieser Tage H. die Berufung zurückgezogen. Das wäre nun an sich kaum erwähnenswert, aber diese Sache erhält dadurch ein anderes Aussehen, daß der Versuch gemacht wird, der Gemeindevertretung die Entscheidung über die Angelegenheit zu entziehen. Der Amtsausschuh hat, unter Hervorhebung des Vorwandes: H. sei im Amtsbureau beschäftigt gewesen, diesen liebevoll unter seine Fittige genommen und läßt H., der gegenwärtig krank ist, bis zum 1. Oktober d. J. in Urlaub, von welcher Zeit an er in den Genuß seiner Pension treten soll. Wäre die Stellung des Amtsausschusses richtig, dann hätte nur dieser in der Sache das entscheidende Wort zu sprechen. Dem ist aber durchaus nicht so. H. wurde von der Gemeinde bezahlt, die Gemeindevertretung hat diesem sein Gehalt bewilligt und logischerweise hat letztere auch hier ein Wort mitzureden. Daß die Gemeindevertretung dieses Recht zu beanspruchen hat, wird sich bei der demnächst stattfindenden Besprechung der Angelegenheit ergeben.

Im Walde verhungert ist die 7jährige Tochter des in Bernau wohnenden Arbeiters Kolodowski. Die Kleine war mit ihren Eltern vor ca. 14 Tagen nach dem Forst zwischen Bernau und Biesenthal gegangen und suchte hier Blaubeeren. Hierbei verloren die Eltern das Kind aus dem Auge und als die Besorgten nach dem Forst riefen, antwortete das Mädchen, da es vernünftig eingeschlafen war, nicht. Auch bei sorgfältigster Abkuchung des Forstes, die auch am folgenden Tage mit Hilfe zahlreicher Bernauer Bewohner fortgesetzt wurde, war erfolglos. Das Mädchen war und blieb verschwunden und man nahm allgemein an, daß es das Opfer eines Verbrechens geworden sei. Am Dienstag wurde die Kleine in einem dichten Gebüsch mit vollständig zerrissenen Kleidern tot aufgefunden. Ein Verbrechen ist nach dem Befund ausgeschlossen. Wahrscheinlich hat sich die Kleine M., nachdem sie stundenlang im Walde umhergeirrt, von Hunger und Durst gequält, in dem Gebüsch verdrückt, ist dort eingeschlafen und zu erschöpft, um sich befreien zu können, an jener Stelle verhungert.

Für den Bau des neuen Bahnhofs Teltow sind vor kurzem schon die Vermessungsarbeiten ausgeführt worden. Der neue Bahnhof erhält seinen Platz ungefähr in der Mitte der von Heinersdorf nach Teltow führenden Chaussee, dort wo jetzt am Bahnübergange die Wärrerbude 14 steht, welche auch als „Signalstation Auhöfedorf“ bezeichnet wird. Hier dehnen sich gegenwärtig noch langgestreckte Kornfelder aus, auf deren Terrain aber die Anlage einer Villenkolonie geplant wird. Der Stadt Teltow wird der Bahnhof genau 2,5 Kilometer entfernt sein, eine Strecke Weges, die man zu Fuß in einer halben Stunde zurücklegt. Inzwischen soll nach Vollendung des Bahnhofs zwischen diesem und der Stadt eine Omnibusverbindung eingerichtet werden, wie sie jetzt auch zwischen Teltow und dem Bahnhof Zehlendorf schon besteht.

Wom Zug überfahren. Die 13jährige Anna Weber aus Zehlendorf wurde in der Nacht zum Dienstag unweit des dortigen Bahnhofs von einem Mannesbahnzuge überfahren und so entsehrlich verletzt, daß sie bald darauf verstarb. Ob Selbstmord oder Unglücksfall vorliegt, ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen. Das Mädchen ist die Stieftochter eines in Zehlendorf ansässigen Maurers und hatte sich vorgestern noch Eintritt der Dunkelheit aus dem eiterlichen Hause entfernt. Als Bahnarbeiter den gräßlich verstümmelten Körper fanden, dem Arme und Beine zerlöset und der Brustkorb eingedrückt war, gab das Mädchen noch schwache Lebenszeichen von sich und wimmerte mehrmals: „Mutter! Mutter!“ Auf dem Bahnhofsplatze wurde die Unglückliche, deren Persönlichkeit spät nachts festgestellt werden konnte, zu welcher Zeit den Eltern die Trauerkunde überbracht wurde.

Wegen Zweikampfs mit tödlichen Waffen stand gestern der Fabrikant Paul Hardegen vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Am 17. Mai d. J. hat der Angeklagte sich mit dem Kaufmann G. in der Nähe von Potsdam geschossen. Die Bedingungen waren dreimaliger Kugelwechsel mit gezogenen Pistolen auf 20 Schritt Entfernung. Beim zweiten Kugelwechsel erhielt der Gegner des Angeklagten einen Schuß in die rechte Hüfte. Die Verletzung ist geheilt worden und hat dauernde nachteilige Folgen nicht gehabt. Da der Verletzte Reserve-Offizier ist, so unterliegt er dem Militärgericht. Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Opiß, fragte den Angeklagten, welcher zugab, daß er der Herausforderer gewesen sei, weshalb er diesen, für Kaufleute so ungewöhnlichen Weg gewählt habe, um sich Vergeltung zu verschaffen. Der Angeklagte erwiderte, daß über ihn böse Gerüchte im Umlauf gewesen seien, als deren Weiterträger ihm der Kaufmann G. bezeichnet wurde. Um ihn hierüber zur Rube zu stellen, habe er sich zu G. begeben. Dieser habe ihn bei dieser Gelegenheit in Gegenwart anderer Personen aufs grösste beschimpft. Er hätte ja den Klageweg beschreiten können, doch hätte ihm dies zu lange gedauert, und habe er deshalb das Duell vorgezogen. Der Staatsanwalt führte aus, daß der Angeklagte sich keineswegs in einer Zwangslage befunden habe, wie es bei Zweikämpfen sonst der Fall zu sein pflege. Er beantrage gegen den Angeklagten ein Jahr Festungshaft. Der Verteidiger, Rechtsanwält Dr. Bronker, hat die Sache keineswegs so streng anzusehen wie der Staatsanwalt, es liege doch kein Grund vor, über die niedrigste Strafe von drei Monaten Festungshaft hinauszugehen. Der Gerichtshof erkannte auf 1 1/2 Monate Festungshaft.

Ein eigenartiger Konzeptionsstreit beschäftigte den Berliner Stadtausschuh. Der Restaurateur Fortong betreibt seit dem Jahre 1891 in dem Hause Memelerstr. 99 eine Gastwirtschaft auf Grund der sogenannten Gastwirtschafts-Konzession. Die erforderlichen Logiszimmer befinden sich im ersten Stock, bis vor einiger Zeit der Gebanke, in dem Hause eine Gemeindefschule unterzubringen, greifbare Gestalt annahm. Der Hauswirt trat an H. mit dem Ersuchen heran, den Mietvertrag bezüglich der Logiszimmer im ersten Stock zu lösen, um zu ermöglichen, daß er sie zu Schulzwecken weiter vermieten könne. Ohne diese Räume hätte höchst wahrscheinlich die Errichtung der Schule in dem Hause unterbleiben müssen. Unangenehm ging H. auf den Wunsch des Wirtes ein. Da nun nach dem Fortfall des Fremdenlogis für sein Restaurationsgeschäft im Parterre nicht mehr die Gastwirtschaftskonzession maßgebend ist, so mußte er eine SchulaKonzession nachsuchen. Jetzt wurden ihm aber zu seinem Schreck Schwierigkeiten gemacht, weil inzwischen die Schule in dem Hause errichtet worden war. Nach einem alten Usus sollen nämlich Schankwirtschaften in der Nähe von Schulen und Kirchen nicht konzessioniert werden. — In der gestrigen öffentlichen Sitzung des Stadtausschusses vertrat der Rechtsanwält Leopold Mayer den Kläger. Er machte geltend, das Oberverwaltungsgericht habe eine Verordnung vom 19. September 1891, wonach Schankstätten in der Nähe von Schulen nicht konzessioniert werden sollen, für ungültig erklärt. Aber selbst wenn man ähnliche Vorschriften beachten wollte, dann wäre doch zu berücksichtigen, daß der Kläger in demselben Hause Jabelung die Gastwirtschaft betriebe, und daß erst durch sein Entgegenkommen die Errichtung der Schule in dem Hause ermöglicht worden ist. Auch wären mit dem Vertriebe der kleinen Wirtschaft des Klägers keine Aufhebungen verbunden, die zu Bedenken Anlaß geben könnten. Der Rektor der Schule würde dies bestätigen. — Der Vertreter des Polizeipräsidenten gab bekannt, daß der Rektor allerdings bereits erklärt habe, er könnte Einwendungen gegen den Geschäftsbetrieb des Klägers nicht erheben. Es bleibe indessen immer noch zu erwägen, ob sich nicht die Verhältnisse in Zukunft ändern könnten. Im übrigen habe er nichts dagegen, wenn noch eine Auskunft eingeholt werde.

Der Stadtausschuh lehnte eine Beweiserhebung ab und erkannte dahin, daß die Konzession nicht zu erteilen sei. Zur Begründung wurde ausgeführt: Wenn auch die erwähnte Verordnung formell aufgehoben sei, so seien doch die Anforderungen, die hinsichtlich der Wirtschaften in der Nähe von Schulen aufgestellt worden seien, auch ohne besondere polizeiliche Vorschriften zu billigen. Auf die Privatverhältnisse des Klägers könne nicht eingegangen werden. Auf jeden Fall könne die Nähe des Lokals zu Störungen führen, und durch eine Verneinung des Rektors, ganz gleich, wie sie ausfalle, lasse sich mit bezug auf den Geschäftsbetrieb des Klägers eine Gewähr für die Zukunft nicht erzielen.

Vor dem Landgericht in Torgau fand am 18. Juli wieder einmal Termin statt in der schon mehrfach verhandelten Verleumdungssache gegen den Gen. P. Jahn. In einer Volksversammlung in Dommitzsch a. G., die am 20. Februar v. J. stattfand, sollte J. in seiner Rede die überwachenden Beamten und das Schöffengericht zu Göttingen beleidigt haben. Er war dieserhalb angeklagt und vom Schöffengericht in Dommitzsch von der Beamtenbeleidigung freigesprochen, aber wegen Verleumdung des Schwurgerichts zu Göttingen zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Landgericht in Torgau als Berufungsinstanz hatte Jahn aber wegen beider Straftaten zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Oberlandesgericht in Rumburg als Revisionsinstanz hatte dieses Urteil aufgehoben und an die Vorinstanz zurückverwiesen mit der Begründung, daß weder der Tatbestand durch Zeugenaussagen genügend festgestellt, noch der § 185 des Str.-G.-B. anwendbar sei. Es sei mithin der Tatbestand noch einmal zu prüfen und dabei zu erwägen, ob event. § 186 des Str.-G.-B. anwendbar sei. Da in der Verhandlung am 9. Mai d. J. Jahn den Landgerichtsdirektor Bachmann in Torgau als Vorsitzenden der Strafkammer wegen Befangenheit abgelehnt hatte, war der Termin vertagt worden. Das Oberlandesgericht hat diese Beschwerde abgelehnt.

In der am Dienstag anstehenden Verhandlung bestritt Jahn die ihm unterlegte Aeußerung im Sinne der Anklage gebraucht zu haben. Wenn er gesagt haben sollte, daß ein „Arbeiter“, der Diebstahl oder Einbruch verübt, sich eine härtere Strafe zuziehe als intelligente Betrüger und er dabei das Urteil des Göttinger Schwurgerichts gegen den Bürgermeister Giertz in Torgau erwähnte, so könne darin unmöglich eine Beleidigung des Gerichts erblickt werden. Wenn er ferner wegen der Anwesenheit der drei Beamten in einer Versammlung die Thatsache erwähnte, daß ein früherer Gendarm in Thüringen heute ein socialdemokratischer Vertrauensmann sei, so könne sich ein anderer Beamter in seiner Unigütreuen Bestimmung gar nicht betroffen fühlen. Wüthig erwarde er in Uebereinstimmung mit seinem Verteidiger Dr. Stegmann Freisprechung und Erstattung sämtlicher verurteilten Kosten.

Das Urteil lautete nach längerer Beratung auf einen Monat Gefängnis wegen Verleumdung des Göttinger Schwurgerichts, dessen Urteil schon bei der bloßen Erwähnung des Bürgermeisters Giertz zu Torgau gemeint und als „parteiisch“ bezeichnet sein konnte!

Wegen Beamtenbeleidigung müsse aber Freisprechung erfolgen, da dem Angeklagten recht gegeben werden müsse darin, daß er durch Mitteilung der oben erwähnten Thatsache nicht die Absicht hatte, die anwesenden Beamten zu beleidigen.

Versammlungen.

Die Arbeiter der Firma Siemens u. Halske waren am Dienstagmorgen, einer Einladung des Vertrauensmannes der Metallarbeiter folgend, zu einer öffentlichen Versammlung, die in Retznersaal, Friedrichstr. 236, stattfand, sehr zahlreich erschienen. Der Saal war vollständig gefüllt, sogar im Vorraum standen noch viele Personen, die erst im Laufe der Versammlung erschienen waren. Den Ausführungen des Referenten Otto Käther zufolge handelte es sich um einen erneuten Versuch, die

bis jetzt noch sehr schwach organisierten Arbeiter der Firma Siemens u. Halske für die Organisation zu gewinnen. Der Redner legte den Anwesenden dar, daß einzelne arbeitserfreundliche Einrichtungen, die nominell oder wirklich in den Betrieben der Firma beständen, noch auf den hochberedten, als Philantropen bekannten Begründer der Beifirma zurückzuführen seien. So lange die Firma Siemens u. Halske noch ohne Konkurrenz dastand, habe sie ja die Arbeiter günstig stellen können, und die bei Siemens u. Halske beschäftigten Arbeiter hätten sich damals mit einem gewissen Recht als die Aristokraten unter den Berliner Arbeitern fühlen können. Das sei aber jetzt nicht mehr zutreffend. Die Firma Siemens u. Halske sei inzwischen Aktiengesellschaft geworden, ihr seien einige bedeutende Konkurrenzfirmen erwachsen, und diese wirtschaftliche Entwicklung habe es notwendig gemacht, sich getraut, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei Siemens u. Halske heute nicht mehr besser, ja in mancher Hinsicht vielleicht ungünstiger sind, wie in anderen ähnlichen Geschäften. Auf die Dauer könne eben kein Unternehmer bessere Arbeitsbedingungen gewähren, wie seine Konkurrenten. Der Redner setzte nun an verschiedenen Beispielen auseinander, daß die Arbeiter von Siemens u. Halske, wenn sie noch einen verhältnismäßig guten Wochenlohn erzielen wollen, dies nur erreichen können durch äußerste Anstrengung und Ueberstunden, denn die Accordlöhne seien fortgesetzt gekürzt worden, in manchen Fällen sogar um 30 Proz. Leider hätten sich die Arbeiter von Siemens u. Halske seit Jahrzehnten nicht an den Bestrebungen und den Kämpfen der organisierten Arbeiter beteiligt, und auch jetzt unterließen sie diese fast gar nicht. Von etwa 16—1700 Metallarbeitern des Stadtgeschäfts seien nur 150 organisiert. Wenn eine weitere Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse verhindert werden solle, dann dürften die Arbeiter von Siemens u. Halske den Bestrebungen der Organisation nicht länger fern oder gar feindlich gegenüberstehen. Sie leiden unter denselben Uebelständen, wie ihre Kollegen in anderen Betrieben, hätten die gleichen Interessen wie dieselben, und könnten eine Verbesserung ihrer Lage nur erreichen durch die Organisation. Die Ausführungen des Referenten fanden lebhaften Beifall. Die Diskussion, an der sich nur zwei Redner beteiligten, bot nichts Besonderes. Käther empfahl zum Schluß folgende Resolution, die einstimmig angenommen wurde: Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, sie verspricht, mit ganzer Kraft für die Stärkung der Organisation einzutreten, um mit Hilfe des Deutschen Metallarbeiterverbandes bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen.

Zu einer öffentlichen Versammlung der Kostümschneider, die am Dienstag in den Armirenhallen abgehalten wurde, führten mehrere Redner übereinstimmend aus, daß die Zugeländnisse, welche den Kostümschneidern infolge der diesjährigen Lohnbewegung gemacht worden sind, jetzt, nachdem die Saison vorüber ist, wieder rückgängig gemacht werden. Bei fast allen größeren Firmen seien Lohnabzüge gemacht worden, ferner werde auch versucht, die Arbeitszeit zu verlängern. Besonders wurde die Firma Felzig Oppenheimer als diejenige genannt, welche allen anderen in der Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse vorangeht. Herr Oppenheimer habe auch kürzlich den Versuch gemacht, die Firmen der Kostümbbranche zu einem Ring gegen die Bestrebungen der Arbeiter zu vereinigen und für die Einführung schwarzer Listen einzutreten. Dieser Plan sei allerdings noch nicht gelungen, jedoch habe die Firma Oppenheimer privatim versucht, das durchzuführen, was durch die schwarzen Listen erreicht werden sollte, nämlich die Mahregelung mißliebiger Arbeiter. — Nach Schluß der Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem geplanten Attentat auf die im Frühjahr d. J. errungene neunstündige Arbeitszeit; sie mißbilligt entschieden, daß die Unternehmer fortwährend Abzüge machen, was mit den Abmachungen vom Frühjahr 1899 in direktem Widerspruch steht. Ramentlich aber protestiert die Versammlung ganz energisch gegen die von den Unternehmern geplante Einführung schwarzer Listen, weil dieselbe einen Eingriff in die Koalitionsfreiheit der Arbeiter bedeutet. Die in der Kostümbbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sind nicht gewillt, die von den Unternehmern versuchte Unterdrückung ruhig hinzunehmen, sondern erklären: Bei der kommenden günstigen Geschäftskonjunktur gegen diejenigen Unternehmer vorzugehen, welche in der stillen Zeit die Forderungen der Arbeiter durchbrochen haben. Die Kollegen verpflichten sich, jede Anechtung, welche auf eine Verschlechterung der bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen hinausläuft, in Zukunft zurückzuweisen. Um den uns aufgedrungenen Kampf siegreich durchzuführen, ist es notwendig, daß sich alle Kollegen und Kolleginnen dem Verband deutscher Schneider anschließen.

Die Bauarbeiter (Hilfsarbeiter) hielten am Dienstag bei Keller in der Koppenstraße eine von etwa 1500 Personen besuchte öffentliche Versammlung ab, um zu beraten, was jetzt zu thun sei, nachdem der Arbeitgeberbund erklärt hat, er wolle wohl mit den Arbeitern verhandeln, nicht aber vor dem Einigungsamt. Road teilte zunächst das Schreiben des Arbeitgeberbundes mit (siehe „Vorwärts“ Nummer 166) und führte aus, es sei nicht Schuld der Lohnkommission, daß sich die Verhandlungen so lange hingezogen hätten. Es wäre ratsam, die zum Freitag auberäumte Generalversammlung des Bundes abzuwarten und erst zu hören, was die Unternehmer von den vor einigen Wochen aufgestellten Forderungen bewilligen wollten. Vor schließlicher Ueberlegung müsse er warnen. Arbeiter und Heineemann rieten auch davon ab, eine sofortige Arbeitsniederlegung zu beschließen. Heineemann ist mit dem Verhalten der Lohnkommission sehr unzufrieden. Sie habe, meinte er, an der Arbeiterschaft Verrat geübt, indem sie dem Arbeitgeberbunde mitgeteilt habe, wie viel Kollegen organisiert seien. Dadurch wären die Interessen der Arbeitgeber gefördert worden. Auch sei es zu mißbilligen, daß in den letzten drei Wochen keine öffentliche Versammlung einberufen worden sei. (Beifall und Unruhe). — Alwin Körsten stellte aus eigener Beobachtung fest, daß die Lohnkommission kein Vorwort treffen könne, da sie sich alle Mühe gegeben habe, das Interesse der Bauarbeiter zu wahren. Daß sich die Verhandlungen etwas hingezogen hätten, liege an einem Teil der Unternehmer, und zwar an den Herren, bei denen die Verhandlungen vor dem Einigungsamt, welche den Mauer- und Maurer- und die Maurerausperrung beendeten, böses Blut gemacht hätten. Die Ablehnung einer Verhandlung vor dem Einigungsamt sei wohl auch auf diese Herren zurückzuführen. Eine weitere Verlängerung des Waffenstillstandes um drei Tage könne nichts schaden, sondern der Verantwortlichkeit gegenüber nur nützlich sein. Sollte die endgültige Antwort der Arbeitgeber doch noch kein Einigungsamt nötig machen, dann würden die Bauarbeiter die große Masse der Arbeiterschaft hinter sich haben. (Beifall). — Lindner, der auf die früheren Organisationsverhältnisse eingehen wollte, mußte unter großer Unruhe abtreten. Schöndrock warf der Lohnkommission vor, daß sie mit der Einberufung der Versammlung so lange gewartet habe, und erklärte es für verwerflich, jetzt noch auf die Generalversammlung des Bundes zu warten. Im gleichen Sinne äußerte sich noch Heideemann (Misdorf-Bezirk), während vier andere Redner den Standpunkt Roads und Körstens teilten. Körsten betonte ferner, daß die Mitteilung der Zahl der Organisierten an den „Rund“ keineswegs einen Verrat darstelle. Die Unternehmer hätten aus der Zahl ersehen wollen, ob nicht Tausende abseits ständen, die sich in glücklicher Weise an einem mit den verhassten Vertretern der Arbeiter abgeschlossenen Vertrag nicht hielten. Schließlich wurde, wie schon mitgeteilt, folgende Resolution gegen einzelne Stimmen angenommen:

Die Versammlung beschließt, das Resultat der Generalversammlung des Arbeitgeberbundes abzuwarten, um zu sehen, wie weit uns der Bund entgegenkommt! Die Lohnkommission wird beauftragt, auf schnellstem Wege bei dem Vorstande des Bundes vorstellig zu werden.

Centralverband der Randbaren. (Mitgliedchaft Berlin.) Heute abend 8 1/2 Uhr bei Schiller, Kolonnenstr. 67: Mitgliederversammlung. Reges Betheiligung erwünscht. Gütlich willkommen.

Vermischtes.

Aus dem „Künstler“-Leben. Aus Wiesbaden wird berichtet: Die heute etwa 15 Jahre alte Karoline Reimmann ist die Tochter einer vagabundierenden Schauspielerfamilie, die mit dem Theaterspieler angehängt jede größere Ortschaft verweilt, weil es eben mit ihren Leistungen nicht allzu weit her ist. Rot und Entbehrung scheinen wenigstens in einzelnen Gliedern der Familie eine für ihre Entfaltung ganz verhängnisvolle Wirkung gehabt zu haben. Der Bruder verkehrte geschlechtlich mit der damals noch schulpflichtigen Schwester, die diese sich Mutter fühlte und gen. Warburg zog, um sich dort entbinden zu lassen. Vollständig erkrankt von ihrer Niederkunft und einer kurz darauf über sie gekommenen Krankheit, verließ sie auf ihren Wunsch, gegen die Abmahnung der Ärzte, die Anstalt aus Furcht vor der medizinischen Klinik, in welche sie gebracht werden sollte, begab sich auf die Suche nach ihren Eltern, erwarbte in der Nähe von Eppstein ihr Kind mittels einer Schürer, warf die Leiche auf einen Felsen in der Nähe der Straße und war dann im Begriff, sich selbst durch Ertränken das Leben zu nehmen, als ein Bauersmann hinzukam und ihre Lebensgeister wieder wahrte. In Glashütten wurde sie verhaftet, worauf ihr Bruder und Verführer Selbstmord verübte, unmittelbar, nachdem er dem Mädchen empfohlen, daselbst zu thun. Vor der Strafkammer stellte ein ärztlicher Sachverständiger fest, daß die Angeklagte an angeborener schwerer Phobie leide und für ihre bei hysterischen Anfällen begangenen Thaten nicht verantwortlich gemacht werden könne; es erging daher ein freisprechendes Erkenntnis. Aus dem Gefängnis wandert die Arme nun ins Hospital.

Die große Festhalle in Gießen ist in der Nacht zum Dienstag niedergebrannt, in der vom 2.—9. Juli das babilonisch-assyrische Schützenfest und am 15. und 16. die internationale Hunde-Ausstellung abgehalten wurde. Allen Anwesenden nach liegt Brandstiftung vor. Ein teurer Jagdhund, den dessen Besitzer aus Gefälligkeit dem Nachwächter zum Wachhalten überlassen hatte, ist verbrannt. Das arme Tier war angefettet. Die Halle ist zerstört.

In Kopenhagen brach in der elektrischen Werkstätte des Hauptbahnhofs am Dienstagabend Feuer aus. Das ganze Gebäude, in dem sich zahlreiche Werkstätten befanden, brannte binnen zwei Stunden nieder. Der Materialschaden ist bedeutend. Der Bahnverkehr ist nicht gestört.

Aus Aci Castello (Italien) wird gemeldet: Am Mittwoch früh 8 Uhr stieß der Vesuv eine gewaltige Rauchsäule und einen dichten Sandregen aus; kurz zuvor war ein sehr starkes unterirdisches Getöse vernommen worden.

In Rom wurde gestern nachmittags 2 Uhr 20 Minuten ein heftiger Erdstöß verspürt, dem eine schwächere Erschütterung voranging. Um 2 Uhr 35 Minuten erfolgten dann noch einige leichtere Erdstöße.

Begnadigung. Der wegen Urkundenvernichtung und Unterschlagung im Jahre d. J. von der Breslauer Strafkammer zu neun Monaten Gefängnis verurteilte Schumann Eduard Schote ist, nachdem er einige Monate von dieser Strafe verbüßt hat, vom Kaiser begnadigt worden. Schote soll die erwähnten Straftaten nicht aus raffiniertem Eigennutz, sondern aus großer Not verübt haben.

Das Gewitter am Dienstag richtete in Württemberg schwere Schäden an. Im Enzgau wurden zwei Gemeinde-Gemarkungen verheert. Siebzig bis achtzig Prozent der dortigen Ernte wurden vernichtet. In Neuhausen bei Ehlingen richtete der Blitz eine Doppelschneise ein. In Wangen und Deutschenhofe im Gaildorfer Bezirke wurden zwei Mädchen vom Blitz erschlagen.

Auf der Fahrt von Berlin nach Emden ereignete sich dieser Tage ein gräßliches Verbrechen. Eine Reisende hatte aus dem in voller Fahrt befindlichen Zuge einen Säugling zum Coupéfenster hinausgeworfen. Die Berichtete wird, ist das bebauendste Verbrechen bei dem kranken Akt noch verhältnismäßig gelinde weggenommen. Es hat nur eine leichte Kopfverletzung und einen Oberschenkelbruch bei dem Ausschlagen auf den Bahkörper davongetragen. Es wurde dem kranken Krankenhaus in Königsberg 1. Pr. zur Behandlung übergeben und hoffen die Ärzte, es am Leben zu erhalten. Im übrigen scheint Kummer und Not das Motiv zu der schrecklichen That gewesen zu sein; denn die beiden Frauen sollen russische Auswandererinnen und von Bremen zurücktransportiert worden sein.

Marktpreise von Berlin am 18. Juli 1899

Table with 4 columns: Commodity, Price, Unit, and Remarks. Includes items like Weizen, Roggen, Hafer, etc.

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer — Kollerningstraße — und ungerundet vom Polizeipräsidenten für den Doppelcentner.

†) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 19. Juli. Am Beginn des Marktes setzten die Preise für Getreide unverändert ein, die amerikanischen Börsen waren still und boten keine Anregung. Weizen konnte auf dem meiste Erwartung seine Stand behaupten, hier zeigte sich bessere Nachfrage, so daß trotz größerer argentinischer Angebote die Notierungen sich zunächst halten konnten. Roggen neuer Ernte war vielfach offeriert, ebenso zeigte sich Roggen alter Ernte in größerem Umfange am Markte, hierzu kamen noch Roggenangebote von Ausland und gab daraufhin Roggen hier am 19. Juli, nach, doch konnte sich Weizen behaupten. Hafer angeboten und schwach. Mais unverändert, Hafer leicht nachgebend. Die Stimmung am Spiritusmarkt war heute matter und konnten die angebotenen 20000 Liter 70er Ware nur mit 41,50 R. (- 0,10 R.) begeben werden. Termine bei diesem Geschäft behauptet. September 46,50 R.

Kartoffelmarkt. Früchte Kartoffelsäcke per 100 Kg. — Prima trockene Kartoffelsäcke per 100 Kg. 19,00 R., do. Supra 20—20,50, do. Sekunda 14—17 R., Prima Kartoffelsäcke per 100 Kg. 19,00 R., do. Supra 20—20,50 R., do. Sekunda 14,50—17,50 R.

Berlins Getreide- und Mehlmarkt. Am 18. Juli mittags bis 19. Juli mittags betragen 201 Tonnen Roggen, 30 Tonnen Gerste, 150 Tonnen Mais, 1000 Zt. Weizenmehl. Stadthaus-Schlachthausmarkt. Am 18. Juli mittags betragen: 297 Rinder, 1925 Kühe, 1248 Schafe, 7282 Schweine. Bezahlt für

100 Pfund Schlachtgewicht: Ochsen: a) vollfleischige, ausgewaschene, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 60—60, b) junge fleischige, nicht ausgewaschene und ältere ausgewaschene 60—60, c) gering genährte junge und gut genährte ältere 60—60, d) gering genährte jeden Alters 60—60. — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes 60—60, b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 60—60, c) gering genährte 47—50. — Färsen und Kühe: a) vollfleischige ausgewaschene höchsten Schlachtwertes 60,00, b) vollfleischige ausgewaschene Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 60—60, c) ältere ausgewaschene Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 60—60, d) mäßig genährte Kühe und Färsen 49—51, e) gering genährte Kühe und Färsen 45—47. — Kälber: a) feinste Rast- (Bollmüll-) mast und beste Saugkälber 68—70, b) mittlere Mast- und gute Saugkälber 61—67, c) geringe Saugkälber 55—62, d) ältere, gering genährte (Fresser) 42—43. — Schafe: a) Rastlämmer und jüngere Rastlammel 60—62, b) ältere Rastlammel 64—68, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (März-) Schlacht 48—50, d) Holzweiner Niederungsschafe (Lebensgewicht) 60,00. — Schweine: a) vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen, im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 49, b) Küter 60,00, c) fleischige 48, d) gering entwickelte 45—47, e) Zonen 43—44. — Verkauf und Tendenz: Vom Hindermarkt wurden ungefähr 20 Stück, mehr nicht passende Ware, un verkauft. Der Rindermarkt gestaltete sich ruhig. Bei den Schafen wurde Schlachtware geräumt und leicht Sommerpreise erreicht. Der Schweinemarkt verlief lebhaft und wurde geräumt.

Witterungsbericht vom 19. Juli 1899, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Station, Barometer, Wind, Visibility, Clouds, Temp., Humidity, etc. Lists stations like Zwettau, Danzig, Berlin, etc.

Wetterprognose für Donnerstag, den 20. Juli 1899. Ein wenig wärmer, vielfach heiter, zeitweise wolfig bei weisend mit schwacher Aufwindung und etwas Neigung zu Gewittern. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 6 bis 8 Uhr abgehalten. 24. 88.89. Wiederholen Sie Ihre Anfrage. Ein Brief von Ihnen liegt nicht vor. G. W. 51. 1. und 2. Ja. — G. S. G. Ja, Sie muß aber innerhalb drei Monaten nach Eintritt in den Stand der ewigen Gebundenheit den Antrag (bei dem Magistrat, Abteilung für Zivilstand und Alters- und Vermögensverwaltung, Kösterstr. 41) stellen. — R. G. 113. 1. und 2. Ja. — O. S. G. 14. Ja. — G. 2. Rein: Frauen von über 30 Jahren werden in Preußen zur Ausbildung in dem Beruf zur Hebung Rengeborener nicht zugelassen. — W. W. Charlottenburg, 1. und 2. Rein. — J. J. Ja. — J. N. Die verschiedenen Schreibweise ist unerheblich. Ob im übrigen Erbestatung zu erfolgen hat und wie, ist ohne genaue Kenntnis des Sachverhalts nicht mitzuteilen. Sprechen Sie eventuell in der juristischen Sprechstunde vor. — Inhalt 12. Die Rasse hat nach dem Gesetz und dem Statut mindestens 18 Wochen lang zu sorgen. Sollten Sie dies unterlassen — die Bemerkung auf dem Schein deutet nicht dahin — so müssen Sie die Rasse zunächst bei Ihrer Aufsichtsbehörde (Gewerbe-Deputation des Magistrats) verlienen. — W. R. Bestimmte Briefen besitzen in dem Fall nicht.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 20. Juli. Neues Opern Theater Die Nibelungen. Anfang 7 1/2 Uhr. Reithaus. Der Schatzwagen. Contreleur. Vorher: Zum Einsiedler. Anfang 7 1/2 Uhr. Westen. Fra Diavolo. Anfang 7 Uhr. Neues. Die Waisengarin. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Der Postillon von Lonjumeau. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Lumpenpack. Anfang 8 Uhr. Friedrich. Wilhelmstädter. Der Hüttenbesitzer. Anf. 8 Uhr. Alexanderplatz. Rana. Anfang 8 Uhr. Ehren. Die Künstin. Anf. 8 Uhr. Metropol. Berlin lacht! Anfang 8 Uhr. Belle-Alliance. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Apollo. Frau Luna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Passage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 6—10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater). Morwitz-Oper. Donnerstag, abds. 7 1/2 Uhr: Gastspiel Heinrich Bütel: Der Postillon von Lonjumeau. Freitag, abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel Heinrich Bütel: Martha, oder: Der Markt zu Richmond. Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr: Volksmäßige Oper-Vorstellung bei halben Preisen: Die Zauberräbe. Sonntag, abends 7 1/2 Uhr: Vorher: Der Markt zu Richmond. Gastspiel Heinrich Bütel: Der Troubadour.

Ostend-Carl Weiz-Theater.

Gr. Frankfurterstraße 129. Kleine Preise. Garbeit 1,10. Zyklus vollständiger Schauspieler. Die Ahnfrau. Trauerspiel in 5 Akten von Grillparzer. Anfang 8 Uhr. Borzugsbillets haben Gültigkeit. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Am 27. Juli: Gastspiel der russisch-russischen Hoftheaterin Elisabeth Gorewa: Maria Stuart. Heute im Garten: Spezialitäten- und Theater-Vorstellung. Remer-Stage als Stadtrumpeter u. f. Nieß. Théâtre en miniature. Led. Photographien u. Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntag: Sommerabend. Am 25. Juli: 2. Sommerfest des 1. Berliner Wägenvereins.

Central-Theater

Direktion: José Fernandez. Gesamt-Gastspiel des Hamburger Ernst Drucker-Theaters. Anfang 8 Uhr. Lumpenpack. Gr. Hamburger Volkstheater mit Gesang in sechs Bildern. Morgen und folgende Tage: Lumpenpack. Hamb. Volkstheater. Ab 1. August: Gastspiel des Berliner Lustspiel-Ensembles: „Der Heiratsmarkt“, Schwank in 3 Akten.

Metropol-Theater.

Börsenstr. 53/54. Direktion: Richard Schultz. Größter Saison-Erfolg!!! Täglich abends 8 1/2 Uhr: Frank-Bonhair-Truppe. Werner Amoros Pantomime. 8 Champions, sowie die übrigen Kunstattraktionen. Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater.

Abends 9 Uhr: Frau Luna mit dem Luftballett „Grigolatis“. Ferner: Otto Reutter und 9 neue Spezialitäten. Anf. des Garten-Konzerts 7 Uhr. der Vorstellung 8 Uhr. Billet-Vorverkauf täglich im Theater und beim „Künstlerdank“, Unter den Linden 69.

Reichshallen.

Garten resp. Saal täglich: Stettiner Sänger (Mehel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Schirmer, Schneider und Schrader). Zum Schluss: Ein vergnügter Wahltag. Burleske von Neffel. Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Vorher: Konzert des Reichshallen-Orchesters. Anfang 6 1/2 Uhr. (Vorverkauf für die Woche 40 Pf.) Straße 1 Nr. 2c. Jeden Freitag: Neues Programm.

Passage-Panoptikum

9 Uhr früh bis 10 Uhr abends. Von 6 1/2 Uhr ab: Spezialitäten. Neu! Die Riesenbrüder. Herold und Loos in ihrer Burlesk-Scene: Die Rosenbraut.

CASTANS PANOPTICUM

Die sensationellen lebenden Photographien! mit Figuren in Lebensgröße. Die russische „Mignon“ in moskowskischen Kostümen. „Dreifuss“ mit 3 Beinen gebo. leb. Kossakenpferd.

Ostbahn-Park

Hermann Imbs 71 Rüdersdorfer Straße 71, am Rühriner Platz. Täglich: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Nur erstklassige Nummern. Anfang: Sonntag 4 Uhr. Entree 20 Pf. Rinder 10 Pf. Sperrst. Nachzahl. 20 Pf. Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Rinder 10 Pf. Sperrst. Nachzahl. 10 Pf. Jeden Dienstag: Norddeutsche Sänger. Hermann Imbs, Direktor.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 14—15. Artistische Leitung: Paul Wüblich. Täglich: Großes Garten-Konzert. Auftreten des gesamten Schauspiel- u. Spezialitäten-Personals. Nur erstklassige Kräfte. Georg Fischer (Niederländer), Julius Warner (Charakter-Komiker), Erna Banola (Kostüm-Soubrette), The Charley Troupe (4 Personen), Ling-Fung (Chinesische Akrobaten), The Cowas (Original-Excentriker). Neues gediegenes Familien-Programm. Entree: Wochentags 20 Pf. Nummerierter Platz 40 Pf. Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. In den Festjällen: Großer Ball. Die Kasseöffnung ist geöffnet. Max Kliem.

Schweizer-Garten

Am Königsdörf (Ringbahn) Am Friedrichshain. Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Mittwoch: Großes Familien- und Kinderfest. Auftreten des neuen Künstler-Ensembles. Jeden Abend von 10—11 Uhr: Robitüt. Der Ober-Bonse von Kiantschou. Ausstattung-Burleske mit Gesang in 3 Bildern von J. Götter. — Muhl von Max Schmidt. Volksbelustigungen aller Art. Im Saale: Ball.

Victoria-Brauerei

Südwilstraße 111/112. Im Naturgarten oder Saal: Täglich Humoristische Soiree der Norddeutschen Sänger. (Führmann, Horst, Walde, Anf. Sonntag präc. 7, wochentags 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorwerk 40 Pf. Familienpreis 3—1 R. Sonntag und Donnerstag nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Prater-Theater

Parkstrasse 79. Täglich: Doras Kesi. Solldän mit Gesang u. Tanz v. Hugo Schulz. Musik von H. Kersten. Kostüm-Burleske Franz Lucio Sarow. Gebr. Milano, West. Duett. Tauma-Quartett, Weing und Tanz. Die 3 Schenbrunn, humoristisches Bilderbuch. The 4 Flaschen, Excentriker, Vandalos-Tris, Excentriker am Dand-Trap, Banst-Truppe, Pantomime. Vorkriegs-Kunst Ding. Konzert und Ball. Eintritt wochentags und Sonntag 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kalbo.

Sommer-Theater

„Alter Dessauer“ Artilleriestr. 32. Inhaber: A. Ladewig. Schattiger Garten Berlins. Täglich: Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

W. Noacks Theater,

Brannestraße 18. Täglich: Theater u. Spezialitäten-Vorstellung. Neu! Durch Klappen und Beilen. Lebensbild mit Gesang in 1 Akt von O. Richter. Großer Beifall! Die Schmetterlinge oder: Gelbene Tage. Ausstattung-Burleske mit Gesang und Tanz von B. Gerde. Muhl von Wappaus. Im Saale: Tanzkränzchen.

R. Ballschmieders

„Kastanienwäldchen“ Konzertgarten u. Beantjule Badstr. 16. Gesundheitsbrunnen. Badstr. 16. Täglich: Gr. Promenaden-Konzert. Jeden Donnerstag: Elite-Streich-Konzert. Sonntags: Großer Ball im neubauten Saal. Empfehlung meine Säle zu allen Festlichkeiten. R. Ballschmieder.

Fuhlmanns

Waudeville-Theater Inhaber: F. Fuhlmann, Schön. Allee 148, Kollern-Allee 97/99. Täglich: Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.

Sommertheater Marienbad

Badstraße 35/36. Regie: Willy Reusche. Direktion: Max Mokolburg. Heute (sowie täglich): Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Berlin wie's näht und trennt. Kosen aus dem Süden. Nach der Vorstellung: Ball.

Köbliner Hof

Köblinerstraße 8. Empfehlung meinen Saal Beren und Gewerkschaften zu Festlichkeiten und Veranlassungen. Bestellungen werden entgegengenommen täglich von 6—8 Uhr abends. Fritz Hoffmann (fr. Def. des Englisch. Gartens).

Achtung, Vereine!

Untergeladener Verein hält jetzt jeden Freitag, abends 9 Uhr, im Lokal „Englischer Hof“, Köblingerstr. 8, seine Sitzungen ab. 200/1* Bestellungen werden jederzeit im Vereinslokal entgegengenommen. Der Vorstand des Tanzlehrer-Vereins „Solidarität“.

Fahrräder,

hochlegant, stabil, Garantie 1 Jahr, 125 Mark, in der Fabrik Cranienstraße 23. II. (131550)

Frau Mertins, Restaurateurin, Johannisthal, Rosstr. 2. Heute zum Geburtstag! Sie lebe hoch! — Hoch! — Hoch! 14125 H., Beierstraße.

Möbel auf Teilzahlung. J. Kellermann, Prinzenstr. 97, parterre, Eingang vom Platz. *

Fahrräder, verschiedene Marken, auch wenig gebrauchte, zu den billigsten Preisen liefert Carl Karras, Vossstr. 17, part., kein Laden. Eigene Werkstätte. Täglich. Täglich. Täglich.

Bilgig! Knabenanzüge. Bilgig! Mädchenkleider in großer Auswahl. O. Hoffmann, Beierstr. 14. *

Soben beginnt mit einem neuen Roman ein neues Abonnement auf

MAREIENSTUNDEN



ILLUSTRIRTE ROMAN BIBLIOTHEK 3-JÄHRIG HEFT 10-PFENNIG. UNTER DEN DOLOMITEN. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Colportage und Speditoren, sowie durch die Post (Zeitungs-Katalog No. 3700) und den Verlag Buchhandlung Vorwärts Berlin SW., Bouth-Strasse 2.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Donnerstag, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Ködliner Hof, Ködlinerstr. 8:

Partei-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Dr. Curt Freudenberg**: Die nächsten Stadtverordneten-Wahlen. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Wahlkomitees für den 6. Kreis.
219/20*
Zu recht zahlreichem Besuch laden ein **Die Vertrauensleute.**

Donnerstag, 20. Juli, abds. 8 1/2 Uhr, in Cohus Festhale, Beuthstr. 19:

Oeffentliche Einseher-Versammlung.

Tagesordnung: Die Votfrage der Einseher. Referent **Wilkarg.**
Der Vertrauensmann.
107/11

Freie Vereinigung der Civil-Berufsmusiker

Berlins und Umgegend.
Versammlung
am Freitag, den 21. Juli, vormittags 11 Uhr, bei **Wilkarg,**
Hindesstr. 26: 50/3
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Um rege Beteiligung und pünktliches Erscheinen wird gebeten.
Der Vorstand.

Bauhandwerker-Krankenkasse

für Berlin und Umgegend (G. S. 118).
Sonntag, den 23. Juli, vormittags 10 Uhr, in **Buskes**
Salon, Grenadierstr. 33:

Ordentl. Generalversammlung

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates. 2. Abrechnung des Kassierers vom 2. Quartal, sowie Revisionsbericht. 3. Wahl sämtlicher Aufsichtsratsmitglieder. 4. Jährliche Kassenspiegellegungen.
38/8
Der Vorstand. J. K.: H. Metzke.
NB. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Steinarbeiter.

Donnerstag, den 20. Juli, abends 8 Uhr, beim Genossen **Zabell,**
Lindenstr. 106:

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:
Stellungnahme zum **Bunzlauer Streif.** 172/18
Der Vertrauensmann.

Textilarbeiter-Verband

Berlin III (Dekateure). 272/2
Sonabend, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei **Feind,** Weinstr. 11:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Kassierers. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche

auschließlich eigenes Fabrikat. — Specialität: Arbeiter-Berufs-
kleidung: Blau Käper-Jacken M. 1,65, steigend je nach Größe um 10 Pf., blau
Käper-Hosen, in allen Größen, M. 1,65. Arbeiterhemden, Blusen, Wä-
schmittel u. Monteurhemden. **D. Wursel & Co.,** Brangelstr. 17.

Neu! Achtung! Achtung! Neu!

Allen Freunden und Bekannten zur Kenntnisnahme, daß ich von jetzt ab
goldklares Berliner Weibier vom Faß
ausführe. Um freundlichen Zuspruch bitte!
2159/2*

Oskar Schultze, Große Frankfurt-Strasse 5,
Ede Fruchtstraße.

Schloß Weikensee.

Sonntag, den 23. Juli 1899:

— Grosses —

Volks-Fest

arrangiert von den
Socialdemokraten des 6. Wahlkreises.

Massen-Gesänge
von circa 500 Mitgliedern des Arbeiter-
Sänger-Bundes unter Leitung des Bundes-
Dirigenten Herrn **Blöbel.**
Grossartige
turnerische Aufführungen
von Mitgliedern des Arbeiter-Turnvereins
„Fichte“.

Grosser Radfahrer-Korso

und **Reisgenfahren**
auf festlich geschmückten Fahrrädern, ausgeführt von Mitgliedern des Arbeiter-Radfahrervereins Berlin.
Im herrlich gelegenen See:

Grosse Schwimm-Pantomime,

bestehend aus:
1. Großes Ulmer Fischerstechen, 2. Es zogen drei Burjchen wohl über den Rhein,
3. Loreley, 4. Deutschlands Zukunft auf dem Wasser,
ausgeführt vom Schwimmklub „Nord“ (Mitglied des Arbeiter-Schwimmerbundes).

Kinder-Belustigungen aller Art
mit großartigen Ueberraschungen.
Gelreiten, Wettrennen u. s. w.
Kasperle-Theater.

Gr. Brillant-Wasser-Fenerwerk.

Ausgeführt von dem berühmten Pyrotechniker Herrn **C. Albers.**
Von 4 Uhr nachmittags an:
An beiden Böden Tanz.

Herrn, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang des Konzerts früh 8 Uhr. **Billet 20 Pf.**

Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 2-6 Uhr zur Verfügung.
Für hinreichende Fahrverbindung wird Sorge getragen.

Da wir weder Mähe noch Kosten scheuen, um das Fest großartig zu gestalten und die Besucher in
einer Weise zufrieden zu stellen, so ersuchen wir um recht zahlreichen Besuch.
Das Komitee.

Charlottenburg.

Sonntag, den 23. Juli, in der **Brauerei Gambrinus,**
Wallstr. 94 und **Wismarstr. 22b:**

Grosses Volksfest.

Vokal- und Instrumental-Konzert.
Fackelzug und sonstige Belustigungen. Anfang des Konzerts 4 Uhr.
Billet 20 Pf., wer am Tanz teilnimmt zahlt 50 Pf. nach.
303/12 **Die Vertrauensleute.**

Wedding-Park

Hallerstr. 178. Am **Wedding-Platz.**
Jeden **Donnerstag:**

Großes Kinder- und Familienfest.
Im Saale: **Grosser Ball.**

Anfang 4 Uhr. **Entree 10 Pf.**
7 **beredete Sommer-Regelbahnen,** von denen noch einige zu vergeben sind.
Volksbelustigungen aller Art. — **Kaffeeküche** täglich von 3-8 Uhr geöffnet.
Jeden **Dienstag: Norddeutsche Säger.**
1924/2* **W. Trapp.**

Krankenkasse der

Gutmachergejellen zu Berlin.
(G. S. 67.)
Montag, den 24. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
bei **Feind,** Weinstr. 11:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Kassenspiegel. 2. Wahl des Aufsichtsrates. 3. Verschiedenes. 1400b
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten.
Der Vorstand. J. K.: O. Tschoppe.
Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe
Frau, unsere liebe Mutter und Tochter
Martha Berg, geb. **Thomas,** am
18. d. Mts., nach langem, schweren,
Krankenlager sanft entschlafen ist.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Freitag, den
21. d. Mts., nachmittags 5 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des St. Cuno-
Kirchhofs aus statt. 1418b

Allen Verwandten, Freunden und
Bekanntem die traurige Nachricht, daß
unser lieber Vater, der Restaurateur
Wilhelm Greiser,

am 18. Juli sanft entschlafen ist.
Um stille Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Freitag,
den 21. Juli, nachmittags 5 Uhr,
vom Trauerhause **Oranienstraße 109,**
nach dem Neuen **Jakobikirchhof** in
Nirsdorf statt. 1421b

Danksagung.

Für die rege Teilnahme beim Be-
gräbnis meines lieben, unvergesslichen
Vaters **Hermann Schwirz,**
sage ich allen Verwandten, Freunden
und Bekannten sowie dem Vorstand
Herrn **Schulz** und den Mitgliedern
des Vorstandes der **Wohlfahrtsvereine**
meinen innigsten Dank. 1408b
Die tiefbeträubte Witwe
Margarete Schwirz, geb. **Venede.**

Ia Fahrräder

wirklich erstklassige Maschinen
von **85 Mk.** an.
Damen cycles
von **90 Mk.** an.
Baer Sohn
Chausseestr. 24a.

Gmpfche allen Freunden u. Bekannten
mein **Weiss-, Bayrischler-**
und **gr. Speisegeschäft.** Reich-
haltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag
mit Bier 50 Pf. sowie Abendbrot à la
carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer
mit Klavier für 20-50 Personen.
H. Stramm, Ref., Ritterstr. 123.

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5** Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Anzeigestellen für Berlin
bis 3 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,
in der Hauptexpedition **Reuterstr. 3**
bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Wäbelerverkauf, Oranienstraße 73,
zwischen Korymbus und Alexandrinen-
straße, in meinem vier Etagen hohen
Fahrradgebäude, großes Möbel-Special-
geschäft für Wohnungs-Einrichtungen.
Brautleute, welche eine dauerhafte und
billige Einrichtung kaufen wollen,
bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein
kolossales Lager vor Eintausf zu besich-
tigen. Verlangen Sie mein größtes
Wasserbad gratis und franco. Durch
größere Massenkaufe und Ersparung
der teuren Bodenmiete bin ich in
Lage, hübsche und geschmackvolle
Wohnungseinrichtungen schon für 150,
200, 300, 400 Mark, hochlegante von
500 bis 10000 Mark zu liefern.
Neuzeitige Musterzimmer zur Ansicht.
Wohnungseinrichtungen auf Teilzah-
lung unter den künzlichsten Beding-
ungen. Beamten ohne Anzahlung.
Eigene Tapezier- und Dekorateur-
werkstatt. Brautleute erhalten hübsches
Braut-Möbelstück als Zugabe. Kleider-
speise 20, Waschtische, Küchenspiegel 18,
Kommode 15, Spiegel 7, Kuchent-
schere 35, Sopha 30, Bettstelle
mit Matratze 18 Mark, Ruhebaum und
Rahagoml furnierte Kleiderbügel,
Perfektum 33 Mark, Kuchentische
mit Sprungfederboden 40, elegante
Truemeubel 45 Mark, Salon-Matratze
60, 75 und 105 Mark, Pianoschloß
mit Sattelstücken 75, Herrenschreibtisch
45, reichgeschmücktes Buffet 100 Mark.
In ganz billigen Preisen werden die
großen Vorräte veräußert. Gewesener
zum Teil sehr wenig benutzter Möbel
verkauft, darunter ganze Speisezimmer,
Salons und Schlafzimmer. Täglich
Gingang gebrauchter, einfacher und
feiner Möbel. Gestaufte Möbel werden
3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch
eigene Gespanne in die Wohnung ge-
bracht und aufgestellt, auch außerhalb.
Salzenburger, 120, Doppelallee 112,
vorn III, Bau.

Vermischte Anzeigen.

Elektrotechnik. Neuer Abend-
kursus. Nachm. Alte Jatschstraße 24.
Bereitszimmer. 40 Personen
fassend, frei. Gustav Ludwig, Kom-
mandantenstraße 65, nahe Altes Jakob-
Kottbuscher Thor. 1962/2*

Raheren 5 Pfennige, Haarschneiden
20, Rinder 10, 15 Pfennige, schnell,
sauber. Nur **Dresdenerstraße 3,** direkt
Kottbuscher Thor. 1835/2*

Achtung, Metallarbeiter! Stim-
begabte Kollegen, welche gewillt sind,
unterzeichnetem Verein beizutreten,
werden hiermit zu dem am 21. Juli
abends 9 Uhr stattfindenden Ver-
sammlung im Lokal von **Lobert,**
Rahmsstraße 14, eingeladen. Gefang-
verlein der Metallarbeiter „Osten“.

Elektro. Neuer Abendkursus für
Elektromontage und Inpaktation.
Prinzengstraße 55. Prospekt. 64K*
736

Neuerwerbungen. Bilder und
Spiegelrahmen. **Paul Gildsch,** Schie-
mannstraße 32. 736

Vermietungen.

Zimmer, kleines, einfach möbliert,
separater Eingang, ohne Kasse, von
älterem, pünktlich zahlendem Herrn
zum 1. August bei ruhigen Leuten
oder desgleichen Witwe gesucht im
Kloster oder Nordosten. Offerten mit
Preis unter W. 2, Expedition des
„Vorwärts“. 1830b

Gesucht einfach möbliertes Zimmer
mit Pension (Halbesches Thorviertel).
Offerten mit Preisangabe unter P. P.
101 an Postamt Zimmerstraße. 1411b

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Tüchtiger und erfahrener Galva-
niseur, welcher bereits einer Galva-
nischen Anstalt vorgestanden hat, kann
eine solche auf eigene Rechnung in
einer der ersten Kunstgierereien über-
nehmen. Offerten unter C. 3 Expedi-
tion dieser Zeitung. 1416b*

Lagerhalter sucht zum 1. Oktober
der Konsumverein Berlin Nord. Offerten
bis 31. Juli cr. an **H. Grashold,**
Dandstraße 83. 77

550 Feuerversicherung Baupreiser-
straße 3. 93/1*

Drei Farbigenmacher sofort. **Vaale,**
Waldemarstraße 51. 1419b

Galanteriemaler verlangt **Arbeits-**
nachweis der Vorzeugs, Glas- und
Galanteriemaler Berlin, Richter,
Raunynstraße 74, vorn II, links. 1432

Autohändler-Rehr, erste Kraft, ein-
gigiert sofort bei hohem Salair **Wih-**
helm Bay, Kunstmarkt, Postmann-
straße 16. 1406b

Tüchtiger Einhalter auf Gold-
schleifen, gegen hohen Wochenlohn, findet
dauernde Beschäftigung. Goldschlei-
fabrik **Alexandrinstraße 25.** 1413b

Monteur, geschult zur Auflegung
von Dampfheizung gesucht. Offerten
anb. **Chiff. B. 3 Expedition** dieser
Zeitung. 632

Grundriener gesucht. **Eiffelstr.**
24. 1417b

Hauslegen-Reuheit. Tüchtige fle-
hige Provisionsreisende für dauernde,
gut lohnende Stellung hier und aus-
wärts gesucht unter Vorlage der Zeug-
nisse **K. Drucker u. Cie.,** Berlin N.,
Oranienburgerstraße 2. 75/1*

Steinmetz für Wandbeläge findet
Arbeit. **Dobestr. 4, Charlottenburg.**

Verhüberin verlangt **Schulze,**
Oranienstraße 185. 1420b

Eine Wäscherin mit mehrere Tage
in der Woche verlangt **Wienerstraße 58,**
Hof I. 732

Steyppeden-Handwäscherinnen sucht
Deuss, Rendeislohnstraße 1. 562*

Wäscheb., bessere **Jadettis** und
Ausfertigerin verlangt **Kuttanstr.,**
Wohlschloßstraße 14. 75*

Wäscheb. Wolf-Capes, auch zum
Verleihen verlangt. **Jurisch, Ritterstr.**
30. 1416b

Arbeiterinnen verlangt **Jacobs,**
Gentlimerstraße 3. 139/2*

Unterrod-Garnierinnen auch zum
Verleihen im Hause verlangt **Schulz,**
Große Frankfurterstraße 14. 48*

Karton- Arbeiterinnen verlangt
Wassergasse 3. 1403b*

Wäscheb. in Hause auf
Weseler-Wilson verlangt bei hohem
Lohn **Wäscheb. Simonis, Lande-**
bergstraße 78. 1404b

Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.

Karton- Arbeiterinnen und Lehr-
mädchen, verlangen
Kirchm u. Co., Frankfurterstr. 6.

Silberpoliererinnen
im Hause werden gesucht **Sebastian-**
straße 84.

Achtung, Holzarbeiter!
In der **Wäbelerfabrik** von 107/14

Adolf Trebs,
Fruchtstr. 37,
befinden sich die **Tischler** im Streif.
Zuzug ist fernzuhalten.

Annahme-Stellen

für „Kleine Anzeigen“.

Osten:
Robert Wengels, Frankfurterstr. 30, 5
H. Vogel Wwe., Kopenstr. 33.
Chr. Schulz, Blumenstr. 14.

Nordosten:
J. Reul, Barnimstr. 42.

Norden:
W. Schumann, Oranienstr. 65.
Karl Wiers, Kalkonnen-Allee 95/96
Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 14.
Y. Dehand, Kuchensplatz 24.
H. Vogel, Demmerstr. 32.
H. Tisch, Invalidenstr. 124.

Nordwesten:
Karl Anders, Salzwegstr. 8.

Südwesten:
H. Chnefjerg, Bergmannstr. 23, 6 II
H. Schröder, Kreuzbergstr. 15.

Süden:
Gand Baale, Dresdenerstr. 52/53.
H. Gutschmidt, Kottbuscher Damm 4

Südosten:
Fritz Thiel, Stolteyerstr. 35.
25. Geide, Brangelstr. 68.
Martin Wehse, Ködlerstr. 24

Centrum:
P. Gorsch, Gipsstr. 27.

Charlottenburg:
Gust. Schorberg, Schillerstr. 94 I
H. Tisch, Kaiser Friedrichstr. 37 b.

Friedenau:
H. Bernice, Ritterstr. 15.
Friedrichberg:
Kaion Kopp, Friedrichstr. 4.

Pankow:
Summerl, Röhler Friedrichstr. 15.

Rixdorf:
G. Ostermann, Erdstr. 6.
G. Reheran, Demmerstr. 50.

Schöneberg:
Wilib. Bäumer, Kuchensplatz 13.
Weissensee:
Geurich Bachmann, Ledderstr. 1.
Julius Schiller, Königshaussee 30a.
Rob. Liebichwager, Gustav-Adolf-
straße 10.